

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugpreis:
 Vierteljährlich 4,50 RM., monatlich 1,50 RM., frei ins Haus, vorausgesetzt Barzahlung.
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug: monatlich, vom Postamt abgeholt 1,50 RM., vom Briefträger ins Haus gebracht 1,64 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.— RM. für das übrige Ausland 4,50 RM. monatlich. Bei den Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eintragungen in die Postbefreiungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Nebengebühren Anzeigenleistungen 50 Hg. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 30 Hg. (täglich 2 gedruckte Worte), jedes weitere Wort 15 Hg. Stellungsgebühr und Einschickungsgebühren das erste Wort 20 Hg., jedes weitere Wort 10 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Fernsprechgebühren 20%, Familien-Anzeigen, politische und gesellschaftliche Berichte - Anzeigen 60 Hg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Dienstag, den 20. August 1918. Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Erneuter Zusammenbruch französischer Massenangriffe.

Reichstag und Ostfragen.

Morgen nachmittag wird beim Vizelkanzler v. Bayer eine Besprechung mit den Vertretern der Reichstagsfraktionen stattfinden, an der auch der Staatssekretär des Auswärtigen Herr v. Sinsge teilnehmen wird. Es werden dabei vornehmlich die verschiedenen Fragen der Ostpolitik zur Erörterung gelangen.

Im Anschluß an diese Konferenz wird sich die Frage entscheiden, ob der Hauptausschuß in der nächsten Zeit einberufen werden wird. Im Falle seines Zusammentritts würde es sich nicht nur um Polen handeln, sondern mehr noch um die Zusatzvereinbarungen zum Brest-Litovsk, die die deutsche Regierung mit der russischen abschließen beabsichtigt. Diese Zusatzvereinbarungen würden selbstverständlich ebenso wie der Brest-Vertrag der Zustimmung des Reichstags bedürfen, um in Kraft treten zu können.

In beiden Fragen handelt es sich um Versuche, die durch den Frieden von Brest-Litovsk geschaffenen Zustände so rasch wie möglich zu befestigen. Sehr weite Kreise des Reichstags, durchaus nicht bloß Sozialdemokraten, halten diese Politik für falsch, weil durch sie die Schwierigkeiten eines späteren allgemeinen Friedensschlusses vermehrt werden. Daß indes aus dieser Erkenntnis Taten entspringen könnten, die der deutschen Politik noch rechtzeitig eine andere Richtung geben, wird man nach den bisherigen Erfahrungen bezweifeln müssen. Je nachdem wird aber auch der Wert der Hauptausschuß-Beratungen zu bemessen sein, deren Wiederaufnahme in naher Zeit nicht unwahrscheinlich ist.

Durchbruchversuche mit neuer Taktik.

Telegramm unseres Kriegsbereichters.

Aus dem Felde, 18. August.

Ungeachtet erlittener schwerer Verluste hat der Feind die alte Schlachtfeldfront nordwestlich Roze bis Laßigny von neuem heftig angegriffen. Der Großkampf begann am 18. August nachmittags den rechten Flügel der Armee Dutier und entwickelte sich am Morgen des 17. August in breiter Front konzentrisch gegen Roze. Kanadier, weiße und farbige Franzosen, zum Teil frische Kräfte, stießen nach wiederholter Artillerievorbereitung in dichten Massen tiefgegliedert vor. Ein enormes Aufgebot von Tanks aller Größen sollte den geplanten Durchbruch erleichtern. Im zusammengefaßten Feuer unserer Batterien blieben zahlreiche Panzerwagen zertrümmert im Vorfeld liegen; die Infanterie wurde durch heftige Gegenstöße geworfen. Daran erlittene Trommelfeuer, neue Angriffe und derselbe Mißerfolg. Gestern griff der Kampf über die Oise hinüber. Die Stoßrichtung der Teilangriffe zwischen Kampeel und Nontron weist ebenso wie die Aufstellungen des Feindes im Waldgelände von Thiescourt gegen Roze. In den Schluchten und Wäldern brach sich die Gewalt des feindlichen Ansturms; die Unseren hielten sich ihre Linien gegen die Uebermacht und wehrten die im Laufe des Tages bis zu sieben Malen wiederholten Angriffe ab. Seit kurzem wendet der Feind eine neue Taktik an, um seine Artillerie zu schonen: er hält sie soweit hinten zurück, daß sie für unsere Batterien schwer erreichbar wird und beschützt sich auf eine dicke Beschichtung unserer Infanterielinien. Das Manöver verpuffte völlig, gab aber unserer eigenen Artillerie mehr Bewegungsfreiheit im Kampfe gegen die Tankgeschwader. Gewaltige Staubwolken, mit Pulverschweben vermischt, lagern über dem Schlachtfeld. Das Land ist dürr von der Sommerhitze. Seit vielen Tagen ist kein Regen gefallen.

Dr. H. D. Köster, Kriegsbereichter.

Keine Protestnote Spaniens.

Die feste Neutralität der spanischen Regierung.

San Sebastian, 18. August. (Reuter.) Dato stellt in einer Mitteilung in Abrede, daß, wie einige Zeitungen behaupten, wegen Torpedierung spanischer Schiffe eine Note nach Deutschland gesandt worden sei. Eine solche Note existiere nicht. Das Kabinett sei einmütig entschlossen, die Neutralität aufrecht zu erhalten. Er fügte hinzu, daß der Gesandte nicht torpediert worden sei, sein Verlust sei vielmehr dem Unstunde zuzuschreiben, daß die Ladung, Weiswasser, Feuer gefangen habe.

San Sebastian, 18. August. (Reuter.) In seiner Erklärung, in der er in Abrede stellt, daß eine Note an Deutschland gesandt worden sei, protestierte Minister Dato gegen die wiederholten Mitteilungen einiger Zeitungen über Spaniens internationale Be-

Englische Angriffe zwischen Merris und Meteren abgewiesen — Der feindliche Ansturm zwischen Ancre und Dize abermals gescheitert — Erbittertes Ringen zwischen Dize und Aisne.

Berlin, 19. August 1918, abends. Amtlich.

Westlich von Chaulnes und nördlich von Roze sind feindliche Angriffe gescheitert. Zwischen Ancre und Dize tagüber heftiger Kampf; französische Angriffe auf breiter Front brachen unter schweren Verlusten zusammen. Zeitweilig Artillerietätigkeit im heftigen Kampfabschnitt zwischen Dize und Aisne.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 19. August 1918. (W. I. 8.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Südwestlich von Sailly folgten heftigen Feuer englische Angriffe zwischen Meteren und Merris. Sie wurden in unseren vorderen Kampflinien abgewiesen. Weiderseits der Oise rege Erkundungstätigkeit des Feindes. In örtlichen Gefechten nördlich der Ancre schoben wir unsere Linien vor und machten Gefangene.

Heeresgruppe Generaloberst v. Boehn.
 Zwischen Ancre und Dize am frühen Morgen heftiger Feuerkampf. Der Feind stieß mehrfach zu starken Teilangriffen vor.

Am 18. des Monats schickte ein Angriff australischer Truppen gegen Herleville. Nordwestlich von Roze hatte ein eigener Vorstoß Erfolg. Französische Angriffe beiderseits der Straße Amiens-Roze wurden überall, teilweise im Gegenstoß, abgewiesen. Mehrere Panzerwagen wurden zerstört, einige von unserer Infanterie durch Handgranaten außer Gefecht gesetzt. Ebenso brach südlich der Ancre mehrfach wiederholter Ansturm des Feindes zusammen. Der Gegner drang in den Westteil von Neuvergneux ein; wir nahmen die dort kämpfende Truppe an den Strand des Dretes zurück. Nordwestlich von Laßigny schlugen wir feindliche Teilangriffe und mehrfach wiederholte Vorstöße ab. Weitere Angriffversuche hielt unser Feuer nieder.

Zwischen Dize und Aisne begann am frühen Nachmittag starker Artilleriekampf. Gegen Abend griff der Feind nach heftiger Feuerkeigerung zwischen Garscourt und südlich von Rouvrou an. Unsere vorderen Truppen hielten in mehrstündigem erbittertem Ringen den feindlichen Ansturm auf, der überall vor unseren Kampfstellungen zusammenbrach.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
 An der Oise beiderseits von Draigne bei auslebendem Feuerkampf kleinere Infanteriegefechte.
 Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 19. August. Amtlich wird verlautbart:
 An der Front wurden italienische Erkundungsversuche vereitelt.
 Der Chef des Generalstabes.

ziehungen. Er sagt: Diese Mitteilungen sind darauf berechnet, die öffentliche Meinung unnötig zu erregen und grundlose Denunziation hervorgerufen. Das jetzige Kabinett wird sich von der Politik der Neutralität nicht abbringen lassen, die von dem ganzen Lande andrücklich gebilligt wird. Es ist besonders verwerflich, gerade jetzt die öffentliche Meinung zu beunruhigen, wo eine Regierung gebildet worden ist, die Staatsmänner verschiedener politischer Richtungen voll politischen Willensgefühls beigetreten sind. Wie groß auch ihre Gegensätze sein mögen, sie alle sind der Ansicht, daß die Neutralität aufrecht erhalten werden muß. Die Politik der Neutralität ist völlig in Übereinstimmung mit dem Schutze der nationalen Interessen und der Würde des Landes, um die Worte anzunehmen, die Maura in dem unter dem Vorhange des Königs abgehaltenen Ministerrat ausgesprochen hat. Die berühmte spanische Note, die an Deutschland gerichtet worden sei, kann schließlich nicht veröffentlicht werden, da sie nicht besteht. Es ist wider die Gewohnheit der Regierung, der Presse den Text der Instruktionen mitzuteilen, die den Regierungsvertretern im Ausland zugehen. Ich bin der Ansicht, daß die Regierung ein Recht darauf hat, zu erwidern, daß das Publikum in sie Vertrauen setzt, und ich vertraue, daß die ernstesten Blätter gegenüber Mitteilungen, die die Ehre des Landes bedrohen, Vorsicht walten lassen.

Rußlands neuer Krieg.

Die diplomatischen Vertreter der Ententestaaten haben die Beziehungen zu der Räteregierung abgebrochen. Zwischen roten Gardisten und englischen Landungstruppen finden im Norden Scharmügel statt, zwischen der Sowjetarmee und den Tschechoslowaken, den offiziellen Verbündeten Englands, werden regelrechte Schlachten geliefert. Die französische Regierung hat die Festnahme der russischen Staatsangehörigen in Frankreich, die sich als Anhänger der Räteregierung bekennen, anbefohlen und auf sie die Vorschriften über die Behandlung feindlicher Ausländer ausgedehnt. Auch die Vereinigten Staaten, deren Präsident nicht müde wurde, seine Gefühle warmerziger Freundschaft für das leidende Rußland zu beteuern, stehen nicht mehr abseits. Nach einer Züricher, freilich noch nicht amtlich bestätigten Nachricht, haben auch die Vereinigten Staaten den Abbruch aller offiziellen Beziehungen zu der Räteregierung erklärt.

Die Bolschewisten haben im Zeichen des Friedens gesiegt. Ihr Kampfmittel war die Desorganisation der Armee, ihr Ziel die Beendigung des Krieges.

Die Bolschewisten haben den Frieden von Brest-Litovsk geschlossen. Der Krieg zwischen den Mittelmächten und Rußland gehört der Vergangenheit an. Aber darum haben die Bolschewisten die Neutralität Rußlands nicht behauptet, den erlangten Frieden nicht sichern können. Nach dem Friedensschluß mit den ehemaligen Feinden befinden sie sich in tatsächlichen Kriegszustände mit ihren früheren Freunden. Uchitidern hat die schärfsten, um nicht zu sagen die verheerendsten Angriffe gegen die führenden Männer der Entente gerichtet. Aber er hat nicht den Krieg erklärt. Die Räteregierung hat wohl das Odium einer offiziellen und formellen Erklärung dessen, was ist, gescheut.

Das sozialistische Rußland hat die wirrlichen Strudel der miteinander erbittert ringenden Imperialismen nicht überwinden. Es ist von ihnen erfaßt worden. Lenin hat mit seiner ganzen großen Tatkraft versucht, Rußland den Frieden zu erhalten; er ist der Uebermacht des harten Zwanges erlegen. Die Räteregierung kann mit ihren geringen militärischen, staatlichen und wirtschaftlichen Hilfsmitteln nicht zugleich den Kampf gegen die Entente und die Tschechoslowaken führen und gegen Deutschland auftrumpfen. Gleichzeitig mit den Nachrichten von ihrer stark akzentuierten Stellung gegen die Entente kommt die Mitteilung, daß der bevollmächtigte Vertreter der Sowjetrepublik in Berlin, Zoffe, von seiner Moskauer Reise die grundsätzliche Einwilligung seiner Regierung in die neuen deutsch-russischen Vereinbarungen mitgebracht habe. Er werde zwar in einer heute stattfindenden Unterredung mit dem Staatssekretär v. Sinsge einige Sonderwünsche vortragen, im allgemeinen aber die Zustimmung Lenins zu dem Zusatzverträge erklären, der den Friedensvertrag von Brest-Litovsk ergänzt und abschließt. Ob diese Zustimmung vorbehaltlos gegeben ist oder die endgültige Entscheidung von der Stellung des für Anfang September einberufenen allgemeinen Kongresses der Sowjets abhängig gemacht wird, steht dahin.

Der Abschluß des Zusatzvertrages zu dem Brest-Litovsk-Frieden legt auch der deutschen Regierung Bindungen auf. Denn die neuen Vereinbarungen sollen die Verhältnisse im Osten endgültig stabilisieren, schließen also eine deutsche Unterstützung neuer Abtrennungsversuche einzelner Völker oder Politiker von Rußland völlig aus. Mit dieser klaren Bilanz Deutschlands steht die Nachricht in krassem Widerspruch, daß der Herzog Nikolai v. Leuchtenberg als Ueberbringer eines für den Kaiser bestimmten Briefes des Ataman der Donrepubliks, des Kosaken-generalen Krasnoto in Berlin, eingetroffen sei und in den nächsten Tagen ins Große Hauptquartier fahren werde. Der Herzog soll nach Erledigung seiner jetzigen Sendung die ständige Vertretung der Donrepublik in Berlin übernehmen.

Der Empfang und die dauernde Niederlassung des Herzogs von Leuchtenberg als des bevollmächtigten Vertreters der Donregierung in Berlin ist nicht notwendig die Anerkennung dieser Regierung ein, ja ist geradezu ihr Symbol. Damit tritt die deutsche Regierung in offizielle Beziehungen mit einer der Räteregierung feindliche Partei in russischen Bürgerkriege. Wenn sich die deutsche Regierung vielleicht darauf beruft, daß der Zusatzvertrag noch nicht unterzeichnet sei und sie deshalb freie Hand habe, so entspricht eine solche Auslegung weder dem Geiste des Vertrages, noch den Alltagsauffassungen von Treu und Glauben.

Auch wenn die Räteregierung ihre Zustimmung zu den den Brest-Litovsk-Frieden ergänzenden Vereinbarungen gegeben hat, so ist noch nicht ganz sicher, ob sie diese Vereinbarungen auch halten kann. Die deutsche Öffentlichkeit

Zeit weiß von dem wirklichen Stande der Dinge in Rußland und den augenblicklichen Machtverhältnissen der sich bitter befehdenden Parteien im Bürgerkriege gar nichts. In der Ententepresse wie in den Meldungen der Petersburger Telegraphenagentur triumphiert die Tendenz, kein ruhig abwägender Beurteiler wird diesen beiden Quellen blindlings vertrauen. Dagegen verdienen die leider spärlichen Mitteilungen deutscher Korrespondenten in Moskau Beachtung. Der Vertreter der „Frankf. Ztg.“ berichtet, daß in der ersten Augusthälfte in Moskau Panikstimmung herrschte und daß die Sowjets seinen Gehl aus dem Ernst der Situation nach innen und außen machten. 20 000 ehemalige Offiziere der Jarenarmee seien interniert worden. Die Käteregierung habe Moskau in Verteidigungszustand versetzt und in den oberen Stockwerken von Häusern der hochgelegenen Stadtteile Maschinengewehre postiert, obwohl das äußere Aussehen der Stadt ruhig gewesen sei. Aber die wildesten Tartarengerüchte gingen von Mund zu Mund und erzeugten eine sehr nervöse Stimmung.

Aus Stockholm glaubt der dortige Berichterstatter der „Voss. Ztg.“ gar melden zu können, daß die Lage in Petersburg kritisch geworden sei. Am Donnerstag habe eine Schlacht in den Straßen stattgefunden, bei der über hundert Tote gezählt wurden. Alle Zeitungen mit Ausnahme der amtlichen „Tjerwernaja Kommuna“ (Die Kommune des Nordens) seien verboten. 900 Verhaftete seien zwei besonderen revolutionären Tribunalen in Kronstadt überwiesen worden. Trotz deutsch-feindlicher Demonstrationen würden die Deutschen doch von vielen als Retter aus dem Chaos herbeigewünscht. Bis Freitagabend sei aber Petersburg, über das das Standrecht verhängt worden sei, fest in den Händen der Volkswirren geblieben.

Während Rußland unter den Säreden des Bürgerkrieges leidet, rüst die sogenannte östliche Schiene in den Ententeländern die Staatsmänner und Heeresleitungen an, alles für die Neuaufriktung der Ostfront zu tun. An der Spitze steht die „Times“, welche den Einfluß der Entente Deutschland entgegenzusetzen will von der Kurmankasüste über den Ural, Turkestan und Persien bis nach Mesopotamien und Syrien. Diese Vorkämpfer verlangen auch ein entschiedenes Eingreifen in Ostibirien, das Präsident Wilson bisher abgelehnt hat, einmal weil er alle Anstrengungen auf die Westfront vereinigen will, und dann weil er sehr auf weiß, daß eine wirkliche großräumige Aktion in Sibirien nur mit japanischer Hilfe durchgeführt werden kann und von der Größe der japanischen Beteiligung die Ansprüche dieses schlaun und nicht übermäßig bescheidenen Verbündeten abhängig sind.

Ministerrat in Warschau.

Warschau, 19. August. Nach Warschauer Blättern fand gestern eine außerordentliche Sitzung des polnischen Ministerrates statt, in der Prinz Jannuz Radzimir über seine Reise ins Hauptquartier berichtete. Im Zusammenhang mit den vorigen Verhandlungen wurde für heute eine Sitzung des Kabinetts anberaumt. Wie verlautet, wird sich Prinz Radzimir zwecks politischer Konferenzen heute abend nach Wien begeben.

Der Königsgedanke im Osten.

Der „Lokal-Anzeiger“ triumphiert über den Sieg des monarchischen Gedankens im Osten auf der ganzen Linie. Das ganze Baltikum solle mit Preußen in enger Personalunion verbunden werden, der König von Preußen als Fürst der baltischen Barone den Herzogstitel führen. Für den polnischen Königsstern wird Erzherzog Karl Stephan als aussichtsreichster Kandidat genannt. Die litauische Herzogskrone soll doch dem Herzog von Urach zufallen, der „eine Zeitlang zurückgeschoben war“ und über dessen Wahl bekanntlich recht pikante Communiqués veröffentlicht wurden. Auch in Finnland sei der heftige Wunsch rege geworden, „es ebenso zu haben, wie es in Deutschland ist“. Mit dieser Behauptung kontrastiert es freilich selbst, daß es erst eines kleinen netten Staatsstreichs bedürftig hat, um dem neuen König den Weg zu seinem frisch gezimmerter Thron zu bahnen. Hier soll der Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg den Vogel abschicken und Landesvater werden.

Helfferich und Hingé.

Nach der „Deutschen Zeitung“ wird Dr. Helfferich nicht nur deshalb seinen Posten niederlegen, weil es für ihn gegenwärtig in Rußland nichts zu tun und zu suchen gibt, sondern auch deshalb, weil er mit dem Staatssekretär v. Hingé nicht einer Meinung über die in Rußland zu verfolgende Politik ist. Lange hat also die neue Freude des vielgeachteten, listreichen Mannes nicht gedauert. Bleibt nur abzuwarten, für welches neue Amt er sich als einzig Vorkämpfer präsentieren wird.

Helfferichs Schutzhengel — Karl Radek.

Dr. Miksa Vaquet, der Moskauer Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ berichtet: „Dr. Helfferich befand sich nur acht Tage auf seinem Posten in Moskau. Seit dem Attentat auf den Grafen Mirbach waren für die Sicherheit der deutschen Gesandtschaft so umfassende Schutzmaßnahmen nötig geworden, daß der Zustand beinahe einer Internierung glich. Somit ist die Verlegung der gesamten deutschen Gesandtschaft fast ohne Bedeutung. In Sowjetkreisen hat man zwar anfänglich den plötzlichen Entschluß der deutschen Mission, Moskau zu verlassen, nicht ohne Bestürzung aufgenommen. Aber die innere Notwendigkeit dieses Schrittes lag zu sehr auf der Hand, als daß man nicht zugleich ausgetmet hätte, auf diese einfache Weise der schweren Verantwortung für das Gelingen etwaiger weiterer Attentatsversuche entgehen zu sein. Das Verhalten der Käteregierung war in jeder Weise vorzuziehen. Radek, der als Vorkämpfer der mitteleuropäischen Abteilung des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten mit persönlichen Bekanntschaften Lenins bereits seit einigen Tagen die Bürgschaft für den Schutz der Gesandtschaft übernommen hatte, entledigte sich seiner Aufgabe auch bei der Abreise der Mission in einer umfänglichen und entschlossenen Weise. Radek war anfänglich beauftragt, sich zugleich mit der Gesandtschaft nach Petersburg zu begeben, um von dort aus die Verbindung mit der Moskauer Regierung aufrecht zu erhalten. Er ist statt dessen am Mittwoch auf die Nordbahn von gewissen Schwierigkeiten, die den Zug des am Dienstag abend nach Orscha abgereisten deutschen Gesandten zu einem unzeitigen Aufenthalt nötigten, dem Gesandten in einem Sonderzug nachgereicht. Inzwischen ist die Nachricht eingetroffen, daß der Zug die sichere Grenze passiert hat. In Moskauer Sowjetkreisen waren jedenfalls am Mittwoch Nachrichten über die unsichere Haltung eines Teiles der in Orscha liegenden Sowjettruppen eingelaufen. Nach gestern schienen lokale Kämpfe zwischen einzelnen Abteilungen der russischen Truppen bei Orscha keineswegs ausgeschlossen.“

Deutsche Luftangriffe.

Ein Munitionslager zerstört.

Berlin, 15. August. Unsere Luftstreikräfte waren in den Tagen vom 13. bis 15. August wieder außerordentlich tätig. Trotz teilweise ungunstiger Witterung wurden die Städte Dänkirchen, Calais, Boulogne, Rouen, Amiens und Spornag mit 250 349 Bomben und große Truppenaufstellungen im Sommergebiet mit Luftschiffen und Maschinengewehren angegriffen. In der Nacht vom 13./14. flog infolge Bombenwurfs das Munitionslager von Beauv unter ungeheuren Explosionen in die Luft. Es entstand ein Brand, der weitere Explosionen zur Folge hatte. Der Gegner verlor in diesen vier Tagen 87 Flugzeuge, und zwar 79 im Luftkampf und 8 durch Flak. 8 Ballone wurden von unseren Jägern tödlich zum Absturz gebracht.

Die gegnerischen Großangriffe.

Berlin, 10. August. Schwere Verluste an Mensch und Material hatten der Gegner zu einer mehrwöchigen Kampfpause gezwungen, während der nur erditterte, den Charakter örtlicher Teilanfälle tragende Kämpfe stattfanden. Am Mittag des 16. aber leitete sich den erneuten Großkampf mit Einschlag herangeführter frischer Kräfte beiderseits der Aare ein. Rode wurde zum Brennpunkt der gegnerischen Großangriffe, die hier die Durchbruchabsicht um jeden Preis erkennen ließen.

Nach mehrfach wiederholter heftiger Artillerievorbereitung konnte die Infanterie in tiefer Gliederung an, der an mehreren Kampfabschnitten Tankbataillone vorausführten. Die Angriffe wurden vor den deutschen Kampflinien zerschlagen, zum Teil von der Infanterie, die sich wieder glänzend bewährte, im Gegenstoß gebrochen. Die Verluste der deutschen Feuerzweckstruppen an Kanonen und Franzosen, welche die Hauptlast der Angriffe trugen, sind sehr hoch. Auf das jeweilige Versagen des Infanterieangriffs ließ das gegnerische Angriffsprogramm ein einständiges Trommelfeuergeschloß folgen und trieb dann wieder seine bestgeübte Infanterie vor. Auf der gesamten Front konnte der Feind jedoch keine Erfolge buchen.

Auf der Straße Konidier-Rouen gingen wiederholt Tankgeschwader zum Angriff vor, die jedesmal zum Rückzug gezwungen wurden. Ein großer Teil wurde verschossen. Ein Tank fiel mit seiner Besatzung unterseits in deutsche Hand. Das Vernichtungsfeuer auf im Nördlingen-Wald südlich Popincourt bereitgestellte Tanks erzielte einen Angriff schon im Keime.

Die Kämpfe spielen sich bei glühender Sonne ab, die die Luft in der Kampfzone bestreut aus einer zusammenhängenden Staubbewölke, die durch Pulverschwadern noch dicker wird. Weislich Rode eingebrachte Gefangene sagen aus, sie hätten Befehl gehabt, unter allen Umständen die deutsche Stellung zu durchbrechen.

Französischer Bericht vom 18. August abends. Der Artilleriekampf hielt tagsüber sehr lebhaft an, besonders in der Gegend von Camp-sur-May und Beureigneux. Bei örtlichen Kämpfen südlich von der Aare machten wir mehr als 400 Gefangene. Sonst ist nichts zu melden.

Französischer Bericht vom 19. August, morgens. Während der Nacht heftige Artilleriekämpfe nördlich und südlich der Aare. Die Zahl der gefesselt in der Gegend weislich Rode gemachten Gefangenen überschreitet vierhundert. Gestern, um 8 Uhr abends, verbeserten die französischen Truppen zwischen Oise und Aisne ihre Front auf einer Länge von ungefähr 16 Kilometern im Süden von Carlepont bis Fontenoy; sie rückten auf der ganzen Linie in einer mittleren Tiefe von ungefähr zwei Kilometern vor. Wir haben die Hochfläche weislich von Rempel besetzt und den Südrand der Schlucht von Audignicourt erreicht und Rouillon und Binge erobert. Es wurden 1700 Gefangene gemacht, darunter zwei Bataillonsführer. Auf der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Englischer Heeresbericht vom 18. August. Im Arbeitsschritt und südlich der Scarpe, wo Patrouillen von uns in die Stellungen des Feindes eindringen, machten wir einige Gefangene. Wir wiesen Patrouillen nördlich der Scarpe zurück. Ferner machten wir im Nerville-Büschel trotz Gegenwirkung Fortschritte, wobei wir 40 bis 50 Gefangene machten. Ein Gegenangriff des Feindes zwischen Catterloane und Metzen wurde durch Artillerie und Maschinengewehre erfolgreich vollkommen gebrochen.

Englischer Bericht vom 18. August abends. Die Engländer führten heute eine erfolgreiche örtliche Unternehmung an einer Front von mehr als vier englischen Meilen (6 1/2 Kilometer) zwischen Steux-Verquin und Baillet durch. Wieringer Verluste wurde unsere Linie an dieser Front in einer Tiefe von 1000—2000 Yards vorgehoben. Das Dorf Catterloane (7) und einige verteidigte Gehöfte und Häuser wurden genommen und mehr als 400 Gefangene gemacht. Die Engländer machten auch südwestlich von Nerville und zwischen Ghilly und Francaert Fortschritte.

Die künftige Politik der Ukraine.

Der ukrainische Ministerpräsident Tschogub erklärte Vertretern Berliner Zeitungen, er hoffe auf eine erfolgreiche Beendigung der ukrainisch-russischen Verhandlungen. Die Ukraine lege besonderes Gewicht auf die Aare, das Donegebiet, das Cholmer Land und Beharabien, womit angedeutet wird, daß das Kiewer Kabinett auch noch eine Auseinandersetzung mit Polen und Rumänien erwartet. Der Ministerpräsident hält eine spätere Einigung mit Rußland keineswegs für ausgeschlossen, wenn auch nicht mit dem heutigen Rußland, sondern mit einem solchen, „das durch ein freies Gefühl Vertrauen beanspruchen kann“. Grundlage dieser Vereinbarung müsse der vereinstapische Vertrag von 1854 sein, der vor seiner Verleugnung durch Rußland der Ukraine volle Selbständigkeit in der Gesetzgebung, in der diplomatischen Vertretung im Absehl von Staatsverträgen und in der Wahl des Heimats gelassen habe. Offenbar denkt also Tschogub nicht an einen Bundesstaat, sondern an einen engen Staatenbund.

Weiter teilte der ukrainische Ministerpräsident mit, daß die ukrainische Regierung den russischen Rubel in drei bis vier Monaten außer Berlehr setzen werde, und hoffe, aus der über mittelhohen Ernte 100 Millionen Rub (1800 000 Tonnen) Getreide zum Export verfügbar zu machen. Nun, nach den bitteren Enttäuschungen mit den Vorkämpfern wollen wir an den reichen Körnerlegern nicht früher glauben, als bis er sich wirklich über uns ergiebt. Gott gebe es!

Storopadskis „Agrarreform“.

Der Hetman der Ukraine ist den deutschen Zeitungen gegenüber nicht milde geworden, zu versichern, daß auch er eine Agrarreform im Sinne der Aufteilung des Großgrundbesitzes anbahnen werde. Wie es damit steht, zeigt ein Artikel, den Major Dubois im Berner „Sund“ unter der Überschrift „Wie es in Südrussland aussieht“ veröffentlicht. Dubois schreibt:

Die Pächter hatten sich zu Anfang dieses Jahres der Veränderung der Großgrundbesitzer bemächtigt und sie behaupt, in der Meinung, sie könnten sich dieselben auf diese Weise dauernd aneignen. Nun hat aber die neue ukrainische Regierung verfügt, daß zwar die Ernten den Bodenbesitzern gehören, der Grund und Boden jedoch wieder an einen gesetzlichen Eigentümer zurückfallen solle. Wie begreiflich, sahen sich durch diese Verfügung, die zur-

zeit zur Durchführung gelangt, viele in ihren Erwartungen betrogen.

Man hat aber, was sehr bemerkenswert ist, auch denen den Boden wieder weggenommen, die ihn tatsächlich bestellt hatten. Die Maßnahmen des inzwischen ermordeten General Eichhorn wurden bekanntlich seinerzeit damit gerechtfertigt, daß angeblich die Okkupatoren den Grund und Boden brach liegen ließen und daß dieser Gefahr im allgemeinen Interesse vorgebeugt werden müsse. Die jetzige Verfügung der ukrainischen Regierung beweist aber, daß der Grund und Boden tatsächlich bestellt worden ist, denn sie spricht die Ernte ausdrücklich den Bestellern zu, das Eigentum dagegen den „gesetzlichen Eigentümern“. Die ganze „Agrarreform“ Storopadskis besteht also in der Wiederherstellung des Großgrundbesitzes und der Vernichtung der wirtschaftlichen Ergebnisse der Revolution, nicht im Interesse der Bevölkerung, sondern allein im Interesse der agrarischen Kapitalistenklasse.

Bukarest, 18. August. Die „Lumina“ meldet, sah die Beharabische Agrarreform folgende Beschlüsse: Der gesamte in Privatbesitz befindliche anbaubare Boden wird enteignet, um an die arbeitende Bevölkerung Beharabiens verteilt zu werden. Die vorhandenen Weingärten und Obstgärten verbleiben ihren Besitzern. Bei der Uebergabe der Grundstücke an die arbeitende Bevölkerung wird den früheren Besitzern das Recht bewilligt, den Bodenanteil zu behalten, der die für den anbaubaren Boden festgestellte Norm nicht übersteigt. Bei Enteignung des Grundbesitzes und Bodens wird auch das tote Inventar des Grundbesitzers enteignet werden können, um der arbeitenden Bevölkerung oder der autonomen Lokalbehörde übergeben zu werden.

Donegebiet und Ukraine.

Kiew, 18. August. „Kiewskaja Wjesť“ teilt mit, daß der Handelsminister des Donegebiets den Pressevertretern die wichtigsten Bedingungen des Vertrages zwischen dem Donegebiet und der Ukraine darlegte. Die Grenze wird bestimmt durch die letzte Verwaltungsgrenze zwischen dem Donegebiet und dem Zelatorinoslawischen, Chortowischen und Koroneischen Gouvernemenent, gegenseitige Anerkennung der Unabhängigkeit und Souveränität, Recht auf Errichtung von Zollämtern. Die Ukrainer genießen im Donegebiet alle Rechte der nicht lokalischen Bevölkerung. Dieselben vollen Rechte genießen die Angehörigen des Donegebiets in der Ukraine. In kürzester Zeit sollen Verträge abgeschlossen werden über den Warenverkehr, die Zollfragen, die finanziellen Beziehungen, den Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr und die Einsetzung gemischter Kommissionen in der Donefrage. Das Donegebiet soll die Bergwerke mit Lebensmitteln und Schmierölen, die Ukraine soll sie mit Holz, Metall und Sprengstoffen versorgen.

Kiew, 18. August. Laut Mitteilungen der ukrainischen Telegraphenagentur tritt die Regierung des Kubangebiets an die Wiederherstellung von Handelsbeziehungen mit der Ukraine heran. Das Kubangebiet könne Pflanzenfette, Fett, Butter und Viehfutter liefern und brauche Eisen, Maschinen, Kohlen und Gewebe. Sieben Stangen der Halbinsel Taman (Kubangebiet) forderten die Angleiederung an die Ukraine.

Kiew, 18. August. „Molotnickaja Gazeta“ wendet sich gegen den Aufruf der Sozialisten an das Proletariat der ganzen Welt, die deutschen und österreichischen Arbeiter aus dem internationalen Verbände auszuschließen. Der Aufruf sei nichts als eine Heuchelei und nationalstisch-imperialistische Aufregung. Niemand sei imperialistischer als die Entente-Sozialisten.

Streik der Londoner Schaffnerinnen.

London, 18. August. (Reuter.) London ist heute tatsächlich ohne Omnibusse und Straßenbahnen infolge des Ausstandes der Schaffnerinnen, die eine wöchentliche Lohnerhöhung von 5 Schilling verlangen, so daß sie den Männern gleichgestellt werden. Man glaubt, daß der Streik sehr schnell beigelegt werden wird.

London, 18. August. (Reuter.) Eine Versammlung der Ausständigen von Straßenbahn und Omnibussen hat heute abend eine Entschließung angenommen, welche alle Mitglieder des Verbandes im ganzen Lande dringend auffordert, morgen den Ausstand zu beginnen.

Ausperrung in Jassy. Bukarest, 18. August. In den Jasszer Werkstätten der rumänischen Eisenbahnen wurden fünftausend Arbeiter ausgesperrt. Nur diejenigen dürfen weiterarbeiten, die sich durch Unterschrift für die von der rumänischen Eisenbahn gestellten Bedingungen verpflichten und auf weitergehende Ansprüche verzichten.

Der Arbeitsplan des preussischen Landtags.

Obwohl der preussische Landtag nur bis 20. September verlegt ist, wird das Abgeordnetenhaus seine Arbeiten doch nicht vor Mitte Oktober aufnehmen. Zunächst wird nur die Verfassungskommission des Herrenhauses tagen, die voraussichtlich in der ersten Septemberwoche mit ihren Arbeiten beginnen wird. Ueber die Aussichten, die die Reform im Herrenhaus hat, läßt sich natürlich etwas Bestimmtes nicht sagen. Aber daß eine im Sinne der Wahlrechtsfreunde befriedigende Lösung der Wahlrechtsvorlage zustande kommt, erscheint ausgeschlossen. Daß trotzdem die Regierung das Abgeordnetenhaus nicht sofort auflösen und Neuwahlen ausschreiben will, geht daraus hervor, daß sie dem Landtage noch in jüngster Zeit eine Reihe wichtiger Vorlagen unterbreitet hat.

Neu eingegangen sind die Gesetzentwürfe betr. die Errichtung von Jugendämtern und betr. Änderung der Ausführungsgesetze zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz. Erwartet wird noch eine Neuverteilung der Beamtenbesoldung sowie eine Novelle zum Einkommen- und Ergänzungsteuergesetz. Diese Novelle ist deshalb notwendig, weil die jetzigen Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungsteuer nur bis zum Ende dieses Jahres bewilligt worden sind. Will die Regierung nicht darauf verzichten, so müssen die Zuschläge entweder in der jetzigen rohen Weise auf ein Jahr weiterbewilligt werden, oder die Steuererträge müssen organisch weiterentwickelt werden. Die Regierung hält den Weg der organischen Fortentwicklung, den sie schon vor dem Kriege einzuführen versuchte, für den richtigen. Dies ist damals bekanntlich gescheitert, und während des Krieges hat man sich mit dem Notbehelf der Steuerzuschläge begnügt.

Da außerdem auch noch die Novelle zum Handelsfammergezet, die bisher noch nicht einmal in der Kommission durchberaten ist, ihrer Verabschiedung harret, so findet der Landtag also noch überaus reichen Stoff vor. Trotzdem halten wir es für einen schweren Fehler, wenn die Regierung für den Fall des Scheiterns des gleichen Wahlrechts mit der Auflösung zögert. Sie sollte vielmehr darauf dringen, daß das

Groß-Berlin An der Straßenecke.

Du wartest fünf, zehn Minuten, auf den Omnibus oder die Straßenbahn. Dieser Augenblick hebt Dich heraus aus dem Chaos, dem Du eben noch verbunden warst. Steht wie Nephtis neben Dir, lächelnd den Schleier aufhebend, den das gleichmäßige Sonnenlicht und die Gedankenlosigkeit über die offensichtliche Tragik des Alltäglichen schonend breiten.

Hinter Dir, höflich eintönig, ruft die Zeitungsfrau ihr „Bezett! Bezett!“ Das Wort, das schon lange keine Vorstellung mehr weckt, erscheint plötzlich komisch, wie der Ruf eines Vogels, eines Tieres, das nach Futter ruft. Eine Ahnung von diesem armen Leben erfasst Dich, das nach dumpfer Ranzorden nach auf dem Asphalt sein Brot erntet, die Rückkrumen der Westentaschen erhebt, nur um morgen noch da sein zu können, wenn die Welt ihre bunte Pracht um die Strahlende spült. Diese Sandlerin sieht das lustige Glend, die Dirne, hinter deren noch glänzenden Augenfenstern eine tote Seele aufgebahrt liegt. Sie sieht den Soldaten, der die Säulen der Weltordnung über sich zusammenkrachen hörte, sieht seine Schube, rauschende Kleider, dürftig verhüllte Armut, fette und fröhliche Gesichter, Armut und Höflichkeit. Ein Mädd, das sie nicht nachdenken kann über die Schicksalslasten, die an ihr vorübergetragen werden, daß sie die Räder der Straßenbahn so wenig sieht wie das Kind, das in einer halben Stunde oder morgen von ihnen gemaßt werden wird — sie würde morgen nicht wiederkommen, sondern den Kopf neigen in der Erwartung des frühen Todes.

Die fetten Aufschriften ihrer Zeitungen, die Blafate, flingende Sporen, Gesprächsbehen — alles erzählt vom Kriege, dem Verschmelzer der Völkern und der Güter, dem Begründer von Baumern und Narren. Wegen den es nur zwei Mittel der Ueberwindung gibt, ihn zu vergessen, zu ignorieren, oder tapfer zu sein und treu der Forderung des Tages.

Das Gespenst der Wohnungsnot.

Daß die Bevölkerung Groß-Berlins sich auf eine schlimme Wohnungsnot gefaßt machen muß, wird jetzt von niemand mehr — mit Ausnahme höchstens der Hauseigentümer — ernsthaft bestritten. Wie sehr auf dem Wohnungsmarkt die Verhältnisse sich im Laufe des Krieges zugunsten der Hauswirte und zumungunsten der Mieter verschoben haben, lehren wieder die Ergebnisse der diesjährigen, gegen Ende Mai ausgeführten Zählung leerstehender Wohnungen.

Von dem Ergebnis für Berlin teilt jetzt das Nachrichtenamt des Magistrats die vom Statistischen Amt der Stadt Berlin zusammengestellten Hauptzahlen mit. Sie zeigen, daß die Minderung der leerstehenden Wohnungen im letzten Jahre ganz außerordentlich rasch fortgeschritten ist. In Berlin wurden im Mai 1918 nur noch 18 899 Wohnungen (einschließlich Wohnungen mit Gewerberäumen) als leerstehend ermittelt, darunter nur noch 15 118 kleine Wohnungen (mit keinem, einem oder zwei Zimmern), 2160 mittlere Wohnungen (mit drei oder vier Zimmern), 1606 große Wohnungen (mit fünf oder mehr Zimmern). Es verminderten sich die leerstehenden Wohnungen

	von 1916	zu 1917	und weiter zu 1918
überhaupt	von 89 863	auf 84 574	und weiter auf 18 899
die kleinen	29 221	26 052	15 118
die mittleren	7 467	5 756	2 160
die großen	5 175	2 766	1 606

Der Rückgang war von 1917 zu 1918 ganz besonders groß. Er betrug bei der Gesamtzahl der leerstehenden Wohnungen 16 081 — 45,4 Proz., im besonderen bei den kleinen Wohnungen 10 894 — 41,9 Proz., bei den mittleren 3087 — 62,8 Proz., bei den großen 1100 — 42,1 Proz. Von einem Wohnungsüberangebot, über das die Hauswirte solange geklagt haben, kann hierdurch in Berlin keine Rede mehr sein. Wenn von kleinen Wohnungen, die ja in der Gesamtzahl der Wohnungen Berlins weitaus den größten Teil ausmachen, jetzt nur noch 15 118 leer stehen, so bedeutet das schon eine bedrückliche Wohnungsnot. Dabei sind erfahrungsgemäß unter den leerstehenden Wohnungen viele, die wegen ihrer schlechten Beschaffenheit sich ohnehin kaum noch vermieten lassen und eben nur in Zeiten der Wohnungsnot ihre Einkünfte finden. Unter den 15 118 unvermieteten Kleinwohnungen sind nicht weniger als 6806, die nicht mal Gadenrichtung haben.

Sicherlich wird die behdrtsende Reserve leerstehender Kleinwohnungen — trotz aller Minderwertigkeit dieser Wohnungen — schon in wenigen einem bis zwei Jahren nahezu ganz verschwunden sein. Was dann —!

Zur Kohlenversorgung.

Man schreibt und: Die Klagen über unsere Kohlenversorgung wollen kein Ende nehmen. Trotz Aufrufe „Dolt zure Kohlen ab“ sind solche bei den meisten Händlern nicht zu haben, weil diese von der Belieferungsstelle nicht genügend beliefert werden. Die Erklärung der Reichskohlenverteilungsstelle, daß in diesem Jahre die Belieferung eine bessere sein wird, trifft jetzt schon nicht zu, und die Miere der Kohlenversorgung erscheint schon größer wie im vergangenen Jahre.

In Charlottenburg mehren sich die Klagen der Kleinhandler wegen schlechter Belieferung in den einzelnen Stadtbezirken und es ist daher interessant im einzelnen zu erfahren, wie beliefert wird.

Ein Händler, der in einem Bezirk wohnt, der durchsetzt ist mit minderbemittelter Bevölkerung, bedarf zur Befriedigung seiner Kunden 142 000 Zentner Kohlen pro Jahr. Er möchte demnach erhalten pro Monat 11 833 Zentner abzüglich 20 Proz. gleich 8467 Zentner. Wie ist nun dieser Händler beliefert worden. Im Monat April erhielt er 19 320 Zentner und im Monat Mai 7240 Zentner, zusammen 26 560 Zentner. Von diesem Quantum wußte er aber noch auf Kohlenkarte vom Jahre 1917 25 600 Zentner abgeben. So daß in Wirklichkeit nur rund 900 Zentner blieben, die dem Händler als Ueberfluß für das Jahr 1918 vorgetragen worden sind. Es sollten also geliefert werden für die beiden Monate April—Mai 18 964 Zentner, vorhanden sind 3000 Zentner, so daß eine Fehlmeng von 15 964 Zentner verbleibt. Im Monat Juni sind geliefert 6100 Zentner, bleibt wiederum ein Mischstand von 3367 Zentner. Am 24. Juli wurden angeliefert 2150 Zentner, abermals ein Rest von 7317 Zentner. In der Zeit vom Monat April—Juli entstand also eine Fehlmeng von insgesamt 26 618 Zentner. Aus dieser Auffüllung geht ohne weiteres hervor, daß die Belieferung mit Kohlen sehr im Argen liegt. Die Abgabe der Kohlen geschieht auch nicht ohne weiteres an die eingetragene Kundenschaft, sondern zunächst werden die Gewerbetreibenden, insbesondere die Wäder beliefert und die Privatkundenschaft muß solange zurückbleiben. Es drängt sich aber die Frage auf, wie es erst im Herbst oder gar im Winter werden, wenn erst wieder Wagenmangel eintritt? Was eigentlich berührt es, daß Großfirmen voll beliefert werden, während andere kleine Händler fast leer ausgehen. Sind vielleicht Vertreter größerer Firmen in der Verteilungsstelle mit tätig?

Unter Berücksichtigung dieser Umstände muß es die Aufgabe der Kommunalverwaltungen sein, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß eine bessere Belieferung vorgenommen wird. Geschieht dies nicht, dann bricht es selbst Hand ans Werk legen und der Kohlenzentrale für Groß-Berlin zu sagen, daß jedwede Verantwortung abgelehnt wird. Die Gemeinden haben dann selbst für Belieferung der benötigten Kohlenmengen zu sorgen.

Die Enteignung von Kriegsbedarf.

Nicht alle, die bei der Enteignung von Kriegsbedarf ihr Eigentum hingeben müssen, empfinden das als angenehme Pflicht. Man darf sogar vermuten, daß die meisten dabei von ganz anderen Empfindungen erfüllt sind. Sorge macht jetzt vielen die Metallenteignung, von der nicht nur die Hausbesitzer, sondern auch Gewerbetreibende, die großen und auch kleine, betroffen werden. Geklagt wird, daß die notwendige Beschaffung von Kriegsbeträchtliche Kosten verursacht, hinter denen die Vergütung für die enteigneten Gegenstände weit zurückbleibt.

Gegen die Berechnung der Uebernahmepreise, bei der es tatsächlich oft nicht ohne Schäden für die Eigentümer der Gegenstände abgeht, kann man die Entscheidung des Reichsziehgerichts für Kriegswirtschaft beantragen. Wie die Antragsteller sich zu verhalten haben, darüber äußerte sich in einem Vortrag der Gebiets-Oberregierungsrat Lucas, Vorsitzender des Schiedsgerichts. Während die Militärverwaltung den Preis nach dem Metallwert berechnet, entscheidet das Schiedsgericht nicht nach ihm allein, sondern

Feldpost-Abonnenten

Wer das Abonnement auf den „Vorwärts“ noch nicht erneuert hat, muß sofort 1,80 M. an den Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW, Lindenstr. 3, oder an die bekannten Ausgabestellen einsenden, um sich die pünktliche Weiterlieferung für September zu sichern ::

berücksichtigt auch die Güte der Arbeit. Das Schiedsgericht muß aber dabei die Möglichkeit haben, selber sich ein Urteil über die Beschaffenheit der abgelieferten Gegenstände zu bilden. Empfohlen wird, den Anträgen eine Beschreibung, eine Zeichnung, eine Photographie oder ein Modell beizufügen. Auch Einlaufrechnungen und Preisverzeichnisse können einen Anhalt für die Bewertung geben. Die einzelnen Teile von abgekauften Gegenständen, z. B. von Ladeneinrichtungen, sind nicht als ungeordneter Haufen abzuliefern, sondern nach Art und Beschaffenheit zu sortieren. Eine Schwierigkeit ergibt sich aus der bisherigen Zentralisation; denn selbstverständlich kann das Schiedsgericht nicht zur Beschaffung von Gegenständen im Deutschen Reich umherreisen oder alles nach Berlin bringen lassen. Geplant ist, eine Dezentralisation dadurch herbeizuführen, daß in verschiedenen Teilen des Deutschen Reiches besondere Spruchabteilungen geschaffen werden. Irrig wäre die Annahme, daß nun das Schiedsgericht unter allen Umständen einen höheren Preis bewilligt. Im allgemeinen wird bei der Preisfestlegung der Friedenspreis als Grundlage genommen, und eine Vergütung über den Abkaufpreis gewährt, aber nicht vergütet werden die Kosten des Einbauens von Ersatzteilen oder ein sonstiger durch die Enteignung verursachter Schaden. Genauere Auskunft über alle Einzelheiten gibt kostenlos das Reichsschiedsgericht für Kriegswirtschaft in Berlin (Wilschiner Str. 97).

Scheinrat Lucas erwähnte auch die Enteignung von Anzügen, „Berichtigte“ sich aber sogleich: „Es kommt ja jetzt noch nicht dazu, doch kann man nicht wissen, was die Zeit bringt.“ Auch hierbei würden für die Preisfestlegung im wesentlichen dieselben Grundzüge gelten, wie bei der Metallenteignung; es würde also nicht der durch den Krieg in die Höhe getriebene Preis, sondern derjenige der Friedenszeit den Maßstab abgeben. Der Vortragende meinte, ein solches Verfahren sei „hart und eigentlich gegen den gelunden Menschenverstand“, aber nicht die Militärverwaltung oder das Schiedsgericht, sondern der Umstand habe das angeordnet. Er schwieg darüber, wie sehr durch Härten die Reizung, enteignete Gegenstände restlos abzuliefern, beeinträchtigt werden kann, womit dann die Sicherstellung des Bedarfs gefährdet ist.

Wann sind gekündigte Wohnungen zu räumen?

Das Polizeipräsidium teilt mit: Wegen der Schwierigkeiten, die der durch den Krieg entstandene Mangel an geschulten Arbeitskräften und an Pferden für das Pferdehewerke mit sich bringt, hat der Polizeipräsident von Berlin die beim nächsten Vierteljahrs-Wohnungswechsel innewohnenden Fristen für den Stadtbezirk Berlin wie folgt festgesetzt:

- Es sind zu räumen:
 1. kleine, aus höchstens 2 Wohnräumen und Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 5. Oktober 1918 abends,
 2. mittlere, aus 3 oder 4 Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 12. Oktober 1918 abends,
 3. große, mehr als 4 Wohnzimmer umfassende Wohnungen bis zum 19. Oktober 1918 abends.
- Die Inhaber der aus 1, 2 oder 3 Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen müssen jedoch 1 Wohnzimmer und die Mieter von Wohnungen mit mehr als 3 Wohnzimmern und Zubehör 2 Wohnzimmer schon am Dienstag, den 1. Oktober 1918, vollständig geräumt dem künftigen Wohnungsinhaber auf dessen Wunsch zur Verfügung stellen.

Räseverteilung. Bis Sonnabend, den 24. August, wird an diejenigen Kunden, die in die Spelerslisten der in den Bezirken der 52—69, 71, 76, 178, 179, 185, 214, 225, 228, 229, und 240. Postkommission gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 1,25 Gramm Rase verteilt.

Neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Haarerkrankungen. Haarerkrankungen durch Milze haben in den letzten Monaten an verschiedenen Orten und besonders in den Großstädten nicht unbedeutend zugenommen. Vor allem waren es die Bart- und Scherflechte. Der Minister des Innern hat deshalb neue Anordnungen dagegen angeordnet. Die Regierungspräsidenten und der Polizeipräsident in Berlin sind ersucht worden, der Sache ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen und insofern möglichst persönliche Vorentscheidungen mit den Polizeiv- und Barbiervereinigungen auf diese einzuwirken, daß in den Barbierläden auf peinliche Sauberkeit geachtet wird und Personen mit Gesicht- und Kopfschlägen nur mit den Kunden gehörigen Instrumenten und Apparaten bedient werden. Ferner soll geprüft werden, ob die Polizeiverordnungen für das Barbiergewerbe nicht ergänzt werden müssen. Außerdem soll ein Verzeichnis für Preisfreie von Professor Erich Hoffmann in Bonn verbreitet werden.

Ausschließung von Gartenland bei Fallenberg. Die gemeinnützige Gartenstadt-Genossenschaft (Postadresse Schönow, die in den

Jahren 1913/14 schon 150 Wohnungen mit Gärten in der bekannten Anlage unweit des Bahnhofs Grünau errichtet hat, plant nun auch die Ausschließung und künftige Abgabe von Land an ihre Mitglieder zum Gartenbau und zur späteren Ueberbauung. Die Parzellen werden mit Zaun fix und fertig zum Preise von 35 M. bis 40 M. für die Quadratrate übergeben, auch soll für Wasseranschluß gesorgt werden. Bei dem niedrigen Preise haben sich schon jetzt zahlreiche Bewerber gefunden, die den Vorteil haben, daß sie unter bestimmten Voraussetzungen später Haus und Garten an die Genossenschaft wieder abtreten könnten.

Verzweiflungstat einer Mutter? Eine Familientragödie hat sich in dem Hause Kopstraße 10 in Reußlitz ereignet. Dort wurde die 30jährige Frau Altrath mit ihren Kindern im Alter von 6, 8 und 14 Jahren besinnungslos in der vollstündig mit Gas gefüllten Küche ihrer Wohnung aufgefunden. Hingeworfene Samarter und ein Arzt hefteten Wiederbelebungversuche an, die jedoch nur die Mutter, die 14jährige Tochter Rena und den 6 Jahre alten Hellmut wieder zum Bewußtsein brachten, während bei der fünfjährigen Verda nur noch der bereits eingetretene Tod festgestellt werden konnte. Der Zustand der Mutter und der beiden Kinder war jedoch so bedenklich, daß alle drei nach dem Reußlitzer städtischen Krankenhaus in Rudow gebracht werden mußten. Vielleicht liegt ein Verzweiflungstat der Mutter vor, da der Ehemann seit Jahren schwer nervenkrank ist und sich schon seit langer Zeit in einer Nervenkuranstalt befindet. Der Frau liegt daher die Sorge für sich und die drei Kinder allein ob. Frau A. bemühte sich redlich, den Lebensunterhalt für ihre Familie zu beschaffen, doch fiel ihr das namentlich jetzt bei den hohen Lebensmittelpreisen sehr schwer, und die Familie bedurfte sich in sehr bedrückten Verhältnissen. Nach anderer Darstellung wird auch mit der Möglichkeit eines Unglücksfalles gerechnet. Ob ein solcher vorliegt oder ein Selbstmordversuch, kann erst die Vernehmung der unglücklichen Mutter ergeben, die bisher noch nicht möglich war.

Tödlicher Eisenbahnunfall. Im Dienste tödlich verunglückt ist am Sonnabend der 62jährige Eisenbahnschaffner Hermann Schlemmig aus der Botanstr. 1 in Lichtenberg. Er war vormittags auf dem Rangierbahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde mit Rangierarbeiten beschäftigt und war beim Zusammenstoßen zweier von der Maschine abgehobenen Wagen zwischen die Puffer geraten. Der Beamte erlitt schwere Brustverletzungen und mußte in besinnungslosem Zustande nach dem städtischen Krankenhaus in der Hubertusstraße geschafft werden, wo er inzwischen seinen Verletzungen erlegen ist.

Zu dem Mord in der Karlstraße ist mitzuteilen, daß der Täter aus dem Rückenfenster hinausgekommen ist. Er lief nach dem Hausflur, wo ihn ein anderer Mann erwartete, der dann mit ihm hinwegging. Der Mörder, der die Flucht durch das Fenster ergriff, als der Soldat bis an die Küche herankam, um den Witz zu suchen, hat also ohne Zweifel einen Helferbesitzer gehabt.

Die Verhaftung des Händlers Bernh. Becker, der im Verdacht stand, die Gastwirtin in der Lindenstraße ermordet zu haben, konnte wegen dieser Straftat nicht aufrechterhalten werden. Er konnte sein Alibi nachweisen. Auch Zeugen bezeugten, daß er sowohl wie seine Frau, die ein grünes Kleid hat, nicht als Täter in Frage kommen.

Lichtenberg, Lebensmittel. In dieser Woche werden ausgegeben gegen Voranmeldung auf Abschnitt 49 der gemeinsamen Lebensmittelkarte: 200 Gramm Graupen, Abschnitt 50: 160 Gramm Roggenvollkorn (18 Pf.) Abschnitt 51: 200 Gramm Weizenmehl. In den städtischen Fischbänken und bei den hiesigen Fischhändlern und Räucherwarengeschäften werden abgegeben: Auf Abschnitt 250 E, Z, G, R der Lichtenberger Lebensmittelkarte: Frische Flus- und Seefische. Auf Abschnitt 252 E, Z, G, R 1/2 Pfund Räucherwaren. In der Zeit vom 19. August bis 24. August (Freischafe Woche) werden auf den Kopf der Bevölkerung auf Abschnitt 261 E, Z, R, S, und S der Lichtenberger Lebensmittelkarte: je 1/2 Pfund Heringe zum Preise von 1,20 M. pro Pfund verabfolgt. Der Abschnitt 247 ist vorläufig ungültig und wird zu einem späteren Zeitpunkt wieder in Kraft treten. Ein Anstellen zum Heringeinkauf ist unnötig, da genügende Mengen Heringe zur Verfügung stehen. Sämtliche Händler sind verpflichtet, pfundweise und nicht stückweise zu verkaufen. Kolonialwarengeschäfte werden diesmal mit Heringen nicht beliefert, dagegen sind die hiesigen Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend sowie des Beamten-Wirtschaftsvereins mit Heringen versehen worden. Für den Kauf von Fischen und Fischwaren erfolgt eine Voranmeldung in den Geschäften nicht.

Vom Montag, den 19. August, ab wird den Kindern des ersten und zweiten Lebensjahres reiner Malzextrakt in Blechdosen zu 1 Pfund zum Preise von 2,50 M. verabreicht und zwar jedem Kinde 1 Pfund. Der Malzextrakt ist gegen Vorzeigung der Kontrollkarten für Monat August in den hiesigen Drogerien und Apotheken erhältlich.

Cöpenick, Lebensmittel. Stadtfestlich verteilte Lebensmittel gelangen vom Donnerstag, den 22. d. Mts. ab in den Lebensmittelhandlungen der Stadt zum Verkauf. — Die Milchversorgung erhält jetzt eine Änderung. Bisher erhielt die Firma Walle die Milch von der Festische Groß-Berlin auf dem Wasserwege durch eigenen Dampfer. Durch die neue Verordnung über die Trennung der Sah- und Sauermilch nach A- und B-Bezug, O-Milchgeschäften wird der Firma nur noch Sahmilch zugeteilt. Dadurch erlischt der Betrieb eine Verteuerung, sodas die Firma das Kaufkraft der Milch einstellen wird. Es werden nur zwei Verkaufsstellen eingerichtet und zwar auf dem Meiereigrundstück und Berliner Str. 26. Die Abgabe von Milch nach der neuen Kundenliste soll dort ab 28. August erfolgen.

Mariendorf, Lebensmittel. Die Gemeinde verkauft für Kinder vom 6.—12. Lebensjahr auf Magermilchmarken 1, 2 und 3 aus 6-ländischen Kunstkönig. Abgegeben wird auf jede Marke 1/2 Pfund zum Preise von 50 Pf. Der Verkauf findet statt in den drei Gemeindegeldern. Für die bis zum 22. August nicht abgeholte Ware erlischt das Bezugsrecht.

Kowawes, Aus der Gemeindevetretung. Der Vorstehende, Syndikus Rosenbal, gab der Gemeindevetretung Kenntnis über die von der Regierung vorgelegene Hauceinteilung. Durch diese Regelung ist für die Gemeinde an Stelle einer Heranziehung des Gegenteils gegeben. Die Gemeinde ist durch diese Einteilung in ihrer Entwicklung gehemmt und geschädigt und soll infolge dessen beim Minister Beschwerde eingelegt werden. In der gewerblichen Fortbildungsschule wird die bisherige Gasbeleuchtung, welche sich als unzulänglich und für die Schüler schädigend erwiesen hat, in elektrische Beleuchtung umgeändert werden. Die Entscheidungssache für die Rodwägen und Sägen bei Wänden für die freiwillige Feuerwehr werden von 1 M. auf 1,50, und von 2 auf 3 M. erhöht. Von der Eingabungsentscheidung des Kreises Teltow sind der Gemeinde die Sitzungen überhandt worden mit der Aufforderung, der Gesellschaft beizutreten. Die Gesellschaft beabsichtigt zunächst ein Kapital von 4 Millionen Mark zusammenzubringen, um bei passender Gelegenheit mit dem Bau von Eisen- bzw. Zweifachleitbahnen zu beginnen. Da die Gemeinde auch für sich zu der Wohnungsmangelstellung zu nehmen beabsichtigt, wird die Bildung einer Stellungskommission beschlossen. Es wurden in diese gewählt die Gemeindevorordneten Kuh, Reiff und Krumann (alle drei Hausbesitzer) D. V.). Von der Berechtigung, die Beschlußfähigkeit der Gemeindevetretung schon mit einem Drittel der Gemeindevorordneten stattfinden zu lassen, wird Abstand genommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Wilmersdorf. Mittwoch, den 21., abends 8 1/2 Uhr: Mit- gliederversammlung bei Schäfer, Brandenburgische Str. 69. Vortrag: „Die deutsche Ostpolitik“. Referent: Genosse Ernst Seiffmann.

Niederlehndorfer. Die Mitgliederversammlung am Mittwoch fällt besonderer Umstände wegen aus.

Briefkasten der Redaktion.

N. S. 61. 1. Sie waren nicht, überhaupt Beratung einlegen. Siehen Sie diese Beratung zurück, eine mehr kosten entstehen. 2. Sie können vor dem Termin den Vorstehenden schriftlich bitten, von der Ver- leihung der Vorarbeiten Abstand zu nehmen. — **N. S. 61. 2.** Die Dienstbeschäftigten. Alle nach dem 1. August 1914 versorgungsberechtig- ten Militärpersonen mit 50 Proz. und mehr Pension haben Anspruch auf die Pensionen ab 1. 7. 18. Die Zahlung erfolgt ohne Antrag. — **Temp. Kol. 974.** 1. Der Vater kann einen Verwalter einsetzen. Die Behörde hat damit nichts zu tun. 2. Mit Sache der Erben. 3. Die Erbschreiber besorgen den Vater zu gleichen Teilen 4. Ja. Es muß aber der Pflicht- teil ihm verbleiben, das ist die Hälfte des gesetzlichen Erbteils. 5. Durch das Kriegsmilitarismus. — **Edm. 11/47.** Nur tauglich für Landkurm, Stän- dungen des Verdienstes.

International 10. Wie wollen es lassen. — **N. S. 22.** 1. Ich fürchte sehr schwer. Vielleicht durch Beurlaubung eines Angehörigen eines neutralen Landes. 2. 20% ist mit Bestimmtheit nicht lagen. Es kommt auf die Höhe Ihres Einkommens an. Bis 1500 M. pro Jahr ja. — **Kranz.** Leider sind Sie zur Klärung gezwungen, da mit dem Ablauf des Arbeitsverhältnisses auch das Recht auf die Dienstwohnung erlischt. — **S. 23. 18.** Wenden Sie sich doch an den Verlobten oder die be- treffende Versicherung; dieselben werden Ihnen gern 10 Prozent zahlen. Ein Anspruch besteht nicht. — **Ursula 18.** Sie sind zur Zahlung von Verzugszinsen gesetzlich verpflichtet. — **N. S. 84.** Sieht ganz im Ermessen des Arztes. — **N. S. 105.** Sie haben nur Anspruch auf Erhaltung der Beiträge, wenn Sie durch die Verletzung die Beschäftigung nicht mehr ausüben. — **D. R. 100.** Sie haben Anspruch, wenn einer der Erben kapituliert hat. Sonst kommen keine 6 Jahre altes Diensthalt heraus. Der Dienstvertrag als Pensionsvertrag ist nicht zur aktiven Dienstzeit. — **Grün-Sport.** Die Adresse des Arbeiter-Schwimmerbundes für Groß- Berlin ist: Kolander, Tegel, Bahnhofsstr. 18. Dort erhalten Sie nähere Auskünfte. — **W. S. 24.** Der Arbeiter-Zamantler, Verlag E. Stein, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 40. — **D. R. 17.** Wenden Sie sich an die „Vorwärts“-Buchhandlung, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. — **S. 2. R.** Das ist nicht anzunehmen. — **N. 7.** Können Sie Ihre Kräfte an den Verband der Föder, Angelufer 14 III. — **S. 23. 8.** Generalratgebäude Berlin. — **N. S. 10.** Solche Stellen vermittelt der Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer, Köpenickerstr. 94. — **N. 2. 100** und andere An- fragen. Ein Rezept für Herstellung von Kautschuk können wir nicht mit- teilen. Solche Rezepte sind in der Regel Geheimnisse der Fabrikanten. — **Vorhölzle 10.** Das Kriegswortamt befindet sich in Berlin-Charlottenberg,

Apostel-Bauhaus-Str. — **D. 50.** Die gewünschte Adresse lautet: An die taxo- nomische Abteilung des Stells. Generalstabes der Armee, Berlin NW 40, Roloff-Str. 5.

Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde. mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 17.		18.		Wasserstand am 17.		18.		
cm	cm	cm	cm	cm	cm	cm	cm	
Remel	Lüft 277	266	Soale	Wochth	85	66		
Wegel	Interburg	-26	-26	Gabel	Spandau	30	30	
Wegel	Thorn	344	400	Spree	Rathenow	1	-2	
Cber	Haribor	0	-34		Sprenberg	72	71	
	Stroßen	203	-		Retzdorf	204	-	
	Pranflur	152	171		Wänden	112	110	
	Schrimm	68	-		Winden	174	172	
	Landsberg	-2	+4		Wagwitz	-	-	
	Bordmann	-26	-22		Umb	220	-	
	Lehmitz	-28	-30		Uhn	191	-	
	Dresden	-180	+180		Redar	Heilbronn	25	-
	Sarby	38	39		Wain	Hannau	106	-
	Ragdeburg	41	88		Wesel	Trier	1	-

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland die Mittwoch mittag. Die Nacht heiter, aber noch ziemlich kühl und unbehäglich, mit öfter wiederholten, meist geringen, nur im Nordosten härteren Regenschauern.

Deutsches Theater.
Letzte Woche 8 Uhr:
Max Pallenberg in
Der fessliche Hund.
Kammerspiele.
Letzte Woche 8 Uhr:
Luca Höflich in
Der Weibsteufler.
Volksbühne, Th. a. S. 10. U. 1.
Letzte Woche 7 1/2 Uhr:
Sommernachtstraum.
Dir. C. Meinhart — R. Bornauer.
Theater im Königgrätzer Str.
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Komödienhaus
8 Uhr: Die Zarin.
Berliner Theater
7 1/2 U.: Blütblaues Blut.
Theater des Westens
Letzte Aufführung:
7 1/2 Uhr:
Inkognito.
Operette von Rudolf Nelson.

Theater für Dienstag, 20. August.
Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.
Deutsches Opernhaus
7 1/2 U.: Die Fledermaus
Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Kleines Theater
8 Uhr: Ariold und seine Föhler mit Bassermann.
Komische Oper
7 1/2 U.: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Flimmer-Klärchen.
National-Theater 3 1/2, 8
Mäuschen.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.
Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: AM-Heidelberg.
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde
Theater am Nollendoriplatz
7 Uhr:
San alle Ojofoblo
mit Clara Waldoff.

„Hoffnung“
Berliner
Schmiederei-Genossenschaft.
G. G. m. b. H.
Hierdurch laden wir unsere Mitglieder zu unserer
25. ordentlichen General-Versammlung
gehört ein. 104/19
Dieselbe findet statt am
28. August, abends 8 Uhr,
im Saal 3 des Gewerkschaftshauses.
Auf der Tagesordnung steht als
I. Punkt: Bericht über das erste halbe Geschäftsjahr. Diskussion darüber.
II. Der Aufsichtsrat.
J. H.: Max Monzel.
Der Vorstand:
H. Stobba, G. Gebauer, P. Hennig, Th. Giesler, H. Schmidtbauer.
NB. Mitgliedsbuch ist mitzu- bringen.

Ungeahnte Erwerbs- Möglichkeiten
Meist die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überaus
geschulte Kräfte gesucht
selt. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht verkümmern, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Risikos sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „System Karsack Nachfeld“. 80 S. starke Broschüre kostenlos.
Bonnens & Nachfeld, Potsdam Postfach 187

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nach- richt, daß unser Kollege, der
Robert Wittler
Schmiedestr. 8
am 16. August gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Siedler- kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der
Fritz Gehhaar
Siedlerstr. 9
am 15. August gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung wird er- wartet. 116/18

Nachruf.
Soeben erhielten wir die traurige Nachricht, daß auch unser zweiter Sohn, Gen.
Erich Krause
Jagd- u. Fl. Str. u. d. Verdienststr. am 20. August 1917 durch ein Kopfstich gefallen ist. Er folgte seinem Bruder Fritz 1 Jahr 2 Tage später.
Da stellen wir Schmerz die trauernden Eltern und Geschwister
Familie Krause,
Löhner Str. 133.
Tieflos liegt Ihr
Sohn und Junge!

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Der andere Weg.
Garten: Bitte recht freundlich.
Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Linienstr.
7 1/2 Uhr: Norden 8650.
Kaiserplatz 3
eine Treppe.
Ein lustiges Stück mit Musik nach Karl Laufs.

NOCH WENIGE TAGE!
OPERA LOU!
SARRASANI
IM CIRCUS BUSCH GEWÄDE
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag zwei Vorstellungen 8 und 7 1/2 Uhr.

NEUE KÖNIGSTRASSE 20 AM ALEXANDERPLATZ
ZELTZIRKUS
HAGENBECK
HEUTE ABEND 7 1/2 UHR.
Morgen Mittwoch: 2 Vorstellungen um 8 1/2 und 7 1/2 Uhr. Nachm. Vorzugspreise.
Vorverk.: Theaterkasse Wertheim und Zirkuskasse. Tel.: Königst. 140.

Radfahren
mit unseren Vereinen ist erlaubt.
Elastisch wie Gummi
Th. Just & Co.
Bellevue-Platz 18.

H. Pfau, Bandagist
Berlin: Direksenstr. 20
C., Bahnh. Alexanderplatz u. Soltgelbräu. — Amt Kat. 3208
Für Damen Frauen-Bandagen.
Referent für alle Krankentafl.

Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der
Friedrich Wieherl
Gödder Str. 72
am 12. August gestorben ist.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin
Frida Liebmann
Weihenburger Str. 60
am 13. August gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Spezialarzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am
Stadtbahn
Behandl. von Syphilis, Haut-
kran., Frauenleiden, (bes.:
chron. Fälle, Schmerzlose, fürstliche
Behandlg. ohne Berufsberatung,
Bintuntersuchung, Käy. Breite
Teilnahme. Sprechstunden 11
bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

WINTERGARTEN
Alice Hechy
Rolf Brunner
Gesangs- und Tanz-Duett
sowie der
glänzende Varieté-
Eröffnungs-Spielplan!

Trianon-Theater
S.H. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2201
8 U. Zum 354. Male: **Der Lebensschüler.**
Komödie von Ludwig Fulda.

Casino-Theater.
Lohringstr. 77, Tögl. 7 1/2, 8 U.:
Der neue Schläger
Man lacht mal wieder!
Berliner Gasse in 3 Akten.
Berber erstl. Spezialitäten.
U. a. z. Grete Linds Menschenaffen.
Sonnt. 8 1/2: Eine glückliche Ehe.

Ballinit-„Ideal“-Reifen
mit „Ideal“-Füllung
Eine sensationelle Vervollkommnung
Elastisch wie Pneumatic
Ballinit-Reifen-Fabrik G. m. b. H.
Berlin SW 61, Waterloo-Ufer 19.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 9218, 3038.

Verein für Feuertätigkeit.
Sitz Berlin. Gegr. 1908.
Am 16. d. Mts. verliert unser Mitglied, der Kunstler
Oswald Swantes
Krennener Str. 10.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 21. d. Mts., mittags 12 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. 37/38 statt. 298/14
Um zahlreiche Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Cigaretten
1000 IE 88 M.
1000 IF 130 „ o. M.
1000 IP 195 „ m. Geld
Versand gegen Nach-
nahme oder Vorher-
sendung nur sortiert zu
gleichen Teilen. Auch
von 100 Stück an.
Nur an Verbraucher
und Gastwirte.
Fredy, Cigaretten-
Vertrieb Norden,
Berlin N 54,
Brunnenstraße 17.
Fernruf Norden 2343.
Geöffnet ununter-
brochen von 7 1/2-6 Uhr.

Apollo-
Friedrichstr. 218
Dir.: James Klein.
7 1/2, Sonnt. 3 1/2, u. 7 1/2.
Todesrennen
in der Luft
sow. weitere Sensat.
Vorverkauf an der
Theaterk. 10-8 Uhr.
Sonnt. 8 1/2 Uhr jeder
Erwachs. 1 Kind frei!

Lichtspielhaus
Große Frankfurter Straße 28
u. d. Andreasstraße
Neu! Neu!
Zum erstenmal im Film:
Gespenster
nach dem Drama von
Henrik Ibsen
Anfang 7 Uhr.
Voranzeige: Ab 23. August
Rigoletto.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Stettiner Sänger
NÄCHSTE
Rote Kreuz-Lotterie
Zahlung am 27. August 1918
Gesamtw. u. Hauptgew.
100000 M. 90 % Bar-Auszahlung
50000 „
10000 „
5 mal **5000 „**
Lose 3.30 Porto u. Liste
45 Pf. mehr.
10 Lose mit Porto u. Liste 33 M.
Emil Hause & Co.
Berlin 21, Brodowstr. 9.
Läden: Klopste. 57, Wallstr. 1,
Rauenthaler Str. 71, Müllerstr. 3b,
Potsdamer Straße 23b.

Wanzen-Fluid „Radikal“
Flasche M. 1.25, 2.25, 3.75 u. 5.50.
Schwaben-Puder „Martial“
Pack M. 1.-, 2.-, 4.- Pfund M. 3.-
Motten-Pulver unvergänglich
Pack 90 Pf., M. 1.75, 3.50, Pfund M. 7.-
Durchgreifende Wirkung
Jede Brut abtötend
Anerkennungen aus aller Welt.
Man nehme in Drogerien nur echte Reichel-Original-
Packungen Marke **Tod und Teufel** und vermeide
Ersatzmittel.
Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4.
Fernsprech-Anschlüsse: Moritzplatz 4151, 4762, 4208.
Lieferant f. Arme u. Marine, Königl. u. städt. Behörden.
Wirksamkeit wird nur verbürgt durch die Marke

**Zentral-Kranken-
Unterstützungsverein der
Schmiede und verwandten
Gewerbe Deutschlands.**
Zentralstelle Charlottenburg.
Nach qualvollen Leiden
verstarb im Lazarett zu
Wains an den Folgen seiner
schweren Verwundung am
7. August unser lieber Kollege
Paul Scholz.
Die Beerdigung findet am
20. August, nachm. 4 1/2 Uhr,
in Stahndorf auf dem
Grenzriedhof statt.

Kennen Sie die Wohltat einer Leiblinde?
Sämtliche Systeme am Lag. resp. nach Maß gefertigt, sowie
Bruchbandagen aller Art
Artikl. Gesundheits- und Krankenpflege.
Pollmann, Bandagist,
Berlin N., Lohringstr. 60.
Lieferant für Krankenhäus.

Nur noch bis 23. August:
Gesamt-Gaustspiel
des Herrfeld-Theaters:
Die Kriegsgewinner
mit Dir. A. Herrfeld und
Ferd. Grünecker in den
Hauptrollen.

Berliner Prater-Theater
Ratheniallee 7-9.
Die Kinokönigin.
Oberste von Jean Gilbert.
Dasu die neuen erfindlichen
Spezialitäten. Am 4 1/2 Uhr.
Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant
Sajdah. Deutsche Tänze
Kühler Aufenthalt.
7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

Lebensflug
Der Welt, auch hartnäckige und
schlechte Gäste, beseligt voll-
ständig **Parasol**. Ueber
10 Jahre früher bewährt. 22. 5. 50.
90% Alkohol, Berlin 43. 30, Casselstr. 4

Allen geehrten Göttern
und Bekannten hiermit die
traurige Nachricht, daß am
17. August nach kurzem,
schmerzlichem Leiden mein lieber
Vater, unser guter Vater,
der
Julius Kaiser
Berlin SO,
Reichardtstr. Straße 154,
verstorben ist. 295/66
Die Beerdigung findet
am 21. August 1918, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, auf dem
Thomas-Kirchhof in Neu-
schön. Hermannstraße, statt.

Die Sozialdemokratie im Weltkrieg.
Von Dr. Ed. David, M. d. R.
Auf dem Anhang: Inere Er-
klärungen im Reichstag und
ihre Begründung durch die so-
zialdemokratische Weltanschauung.
Was wie immer betont haben.
Sowas die Sozialdemokratie
den Krieg verurteilt? Die Ur-
sachen des Krieges. Die demo-
kratische Schulung. Die So-
zialdemokratie. Die Stellung-
nahme der Sozialisten in den
Verhältnissen. Die russische So-
zialdemokratie. Die russische
Internationale.
Dreis 2 M. Porto 20 Pf.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 6, Lindenstr. 3 und
in allen Buchhandlungen des
Vertriebs.

DER „HIAS“
Tägl. 7 1/2 U. abends.
Morgen nachmittags
3 1/2 Uhr: Familien- und
Schülerchor. u. li. Pr.
Walhalla-
Theater, Weinbergsweg

Oranien-Palast
Oranienstr. 40-41 (Oranienbrücke)
Konzert-Kaffee-Kabarett.
Artur Zahle — Eric u. Sohn — Harry Malton
Gertrud Hünzer-Theile — Christine Faciler.
Gr. Kapelle Dirk van Erp. 1133/7
1. Stock Weinklaue mit Barbüsch.

Oranien-Palast
Oranienstr. 40-41 (Oranienbrücke)
Konzert-Kaffee-Kabarett.
Artur Zahle — Eric u. Sohn — Harry Malton
Gertrud Hünzer-Theile — Christine Faciler.
Gr. Kapelle Dirk van Erp. 1133/7
1. Stock Weinklaue mit Barbüsch.

Gemüse! Obst!
Billige Parz. am S.H. Bassdorf
Reinickendorfer Bahn, 30032 Rng.
R. Hülsen, Steglitz, Treppelstr. 15a.

Die Sozialdemokratie im Weltkrieg.
Von Dr. Ed. David, M. d. R.
Auf dem Anhang: Inere Er-
klärungen im Reichstag und
ihre Begründung durch die so-
zialdemokratische Weltanschauung.
Was wie immer betont haben.
Sowas die Sozialdemokratie
den Krieg verurteilt? Die Ur-
sachen des Krieges. Die demo-
kratische Schulung. Die So-
zialdemokratie. Die Stellung-
nahme der Sozialisten in den
Verhältnissen. Die russische So-
zialdemokratie. Die russische
Internationale.
Dreis 2 M. Porto 20 Pf.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 6, Lindenstr. 3 und
in allen Buchhandlungen des
Vertriebs.

Das deutsche Aufbaumparadies.

Von der Kofel wird geschrieben: Dem stolzen, dreigestrehten Baumriesen hat schon oft der Untergang gedroht. Kamentlich sind ihm viele Landleute, die behaupten, das weitgespreizte mächtige Wurzelwerk des Aufbaumers fange den Erdboden auf große Strecken aus und lasse kein Pflänzchen in seinem Umkreis gedeihen, während in seinem Schatten alles verdorren müsse. Ganz so schlimm und gefährlich ist der Aufbaum nicht, wenn ihm auch nachgesagt werden muß, daß er seinen nächsten Wobenzirkel dicht beschnitten und seine dicken Wurzeln weit ab vom Stamm streben, oft bis in die Weiden hinein, während er selbst an der Sandstraße oder im Wiesengrunde steht. Deswegen aber den Baumkoloß, der vielseitigen Nutzen spendet, zu fällen oder gar stellenweise auszuröten, wie es leider vor einigen Jahren in Aufbaumwäldern Gebirgen geschah, wäre verzeihlich, außerdem ein richtiger Naturverderber. Gewinnlust ist dem Aufbaum ebenso oft aus Leben, an den Stamm gegangen. Denn das Aufbaumholz ist allezeit ein reger Handelsartikel im Holzgebiete gewesen und zur Möbelherstellung auch viel gesucht und gut bezahlt worden.

Erst der Krieg und die einsetzende Organisation im Nahrungsmitteleverehr hat die Werte des Aufbaumholzes und seiner Früchte neu aufgedeckt, so daß er heute sozusagen unter Schutz und Pflege steht. Glücklicherweise! Denn neben seinem wirtschaftlichen Nutzen halten ihn so viel landschaftliche und poetische Reize an und so viel Naturschönheit. Der Aufbaum braucht lange Zeit, bis er zum köstlichen Baum heranwächst und Früchte trägt. Jahrzehnte müssen erst verstreichen, bis er zu einem Baumriesen wird, der seinem Besitzer zehnerweise Früchte einträgt. Als wie die dicken Linden und Eichen ist mancher hohe Geselle, zwischen dessen eifersüchtigen, blanken, grünen Blättern die eingekapselten Nüsse hängen und zum Herbst als braune Früchte aus ihren die gepölkerten Wänden springen.

Große alte Aufbaumwälder und Auen haben die Fluggebiete unserer Saar, Ruder, Sauer und namentlich Kofel. Hier ist das eigentliche deutsche Aufbaumparadies. Hier strömen zu gewöhnlichen Zeiten die Aufbaumläufer aus allen Landstrichen, selbst aus dem Auslande zusammen, um die Früchte ganzer Dörfergemeinden, Kirchspiele oder einzelner Bauernhöfe anzukaufen. Interessant, lustig, aber auch schwierig ist das Ernten. Mit hohen Leitern muß in den Baum gestiegen werden, um die Nüsse rütteln und schütteln zu können; die festhängenden Nüsse müssen sogar mit Antikeln losgeschlagen werden. Unten sammelt die Jugend auf und besorgt zugleich das Entschalen. Auf Röhren wurde oft der Reichtum Aufwärts geschickt, während die Eisenbahn in Säcken die Beförderung nach allen Himmelsrichtungen besorgte. Einen schönen Wahn nahm der Besitzer für die Früchte ein; oft sind die Dörfergemeinden ausschließliche Eigentümer der riesigen Aufbaumwälder oder -Auen, die ihr Dörfchen einschließen. Geplant wurden sie meist an den Landstraßen nach den Flüssen oder Bächen zu, rings um das Kirchlein oder Schulhaus und auf dem Gemeindegelände, wo in anderen Gegenden die Dörfler und Eichen ihren Ehrenkreis bilden. Als vor etwa einem Jahrhundert in den rheinischen Gegenden große Aufbaumabholungen vorgenommen worden waren, arbeiteten einsichtsvolle Gemeinderäte dieser unfruchtigen Ausrodung entgegen, indem sie jedem Braut- oder Ehepaar vorschrieben, je ein paar Aufbäume an die Dorfstraße zu pflanzen. Aus dieser Zeit stammen viele der schattigen langen Aufbaumalleen, die im Kofelland ein Dorf mit dem andern verbinden und bis der ganzen Landschaft ihren eigenen Stempel aufdrücken.

Auf die Märkte, um die Weihnachtszeit, brachten die Aufbauern Körbeweise die leckere Frucht und verkauften für 80 Pf. im Durchschnitt das Dutzend. In den Kriegsjahren ist die Frucht eigentlich vom Markt verschwunden, und wo sie noch zu haben ist, wird sie mit dem Zehnfachen des früheren Preises bezahlt. Die Aufblätter, getrocknet, liefern einen guten Tee; sie sind dem Raucher als Kriegsruchtraut ebenfalls willkommen. R. K. N.

Wenn die Berta donnert ...

Was ein richtiger Pariser ist, läßt sich nicht aus der Fassung bringen, wenn die dicke Berta bummert! Das ist so ungefähr das Zeitwort, das die französischen Zeitungen seit der wieder aufgenommenen Beschießung von Paris in allen Tonarten zu variieren Lust haben. Sie tun das nicht ohne Anmut und ihre Kritiker lesen sich sehr nett. Der Mensch freut sich eben, solange er noch mit einem blauen Auge davonkommt.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Rehmont.

„Ach so steht's! Ich gratuliere dir, gratuliere!“ kisterte er langsam, und ein bissiges, böses Lächeln umspielte seine schmalen Lippen. Mit einer nachlässigen Bewegung fuhr er sich durch das schwarze, lockige Haar, drehte seinen kleinen Schnurbart und stand auf; über sein zartes, ausgeprägtes semitisches Gesicht fiel der Schatten einer leichten Gereiztheit. Er drehte sich um und ging, ohne noch ein Wort zu sagen.

„Bernhard!“ rief sie ihm schnell nach.
„Ich komm' gleich wieder,“ sagte er und wandte sich zu ihr um. Sein Gesicht war schon ruhig, und das gewohnte verächtliche Lächeln lag um seinen Mund.

Mela beachtete seine Gereiztheit nicht, denn das, was er gesagt hatte, umhüllte ihr Herz mit einer eigentümlichen, wonnigen Wärme.

Sie sah mit gesenkten Augen, den starken Duft der Hyazinthen einatmend, und flüsterte, von großer Freude und Glück berauscht:

„Es ist also doch wahr?“
Lautes Beifallsklatschen, das die Vortragenden überschüttete, unterbrach ihre Freude.

„Très joli, mon cher Bernhard!“ schrie immer noch Frau Kohn und wuschelte sich die tränenden Augen und das fettströmende Gesicht.

„Die Herrschaften sollen sitzen bleiben, bitte sehr, was?“ rief mit erhobener Stimme Endelmann.

Zum selben Augenblick schoben die Lakaien die Staffelei zum Fenster, so daß das Licht darauf fiel, und entfernten auf ein Zeichen von Frau Endelmann die Hüllen.

„Bitte sehr, meine Herrschaften, zum Bild! Zum neuen Kunstwerk! Bitte es sich anzusehen.“

Alle versammelten sich vor der mit einem Lorbeerkranz umwundenen Leinwand, aus der sich eine Meeresszene heraus hob. Es war ein Bild von Krach. Nymphen ruhten auf einem Felsen, der aus den blauen, stillen Wassern einer südländischen Bucht hervortrat, von Mandel- und Magnoliabäumen beugten sich große, mit rotem Haar bewachsene Zentaurenkörper herab; ihre Gesichter leuchteten vor Wier.

Ueber der ganzen Landschaft lag die große, süße Stille eines glänzenden Tages, überflutet vom Duft der Blumen,

„Meiner Frau,“ plaudert Annie de Vene im „L'oeuvre“ (vom 7. d. M.), „seit drei Wochen hat sie sich nicht mehr hören lassen, man dachte gar nicht mehr an sie.“

„Sie an! Da ist sie ja wieder,“ sagt meine Milchfrau zu einer Vorübergehenden.

Und die Frau antwortet im selben, gleichgültigen Ton:
„Das hört sich ganz so an, als ob es nicht weit von uns ist ...“

Und oben auf der Leiter putzt das kleine Dienstmädchen ruhig ihre Fensterscheiben weiter. Es ist ja nichts Neues mehr.

Weiter unten in der Straße liegt eine alte Dame gewissenhaft die Raupen von den Pelargonien auf ihrem Balkon ab. Einen Augenblick hält sie inne, fest die Brille auf, sieht sich um, nach rechts, nach links, schüttelt schließlich mißbilligend den Kopf und setzt achselzuckend ihre Arbeit fort.

Es ist nachmittag. In einem Kaufhaus, in der Wandabteilung, wählt neben mir eine junge Frau seit mehr als fünf Minuten und weiß nicht recht, ob sie für ihre Schauhänder besser Seide oder Baumwolle nimmt. Sie wählt und verwirft und prüft ob das Band so angelegentlich, als ob davon ihr ganzes ferneres Leben abhänge.

„Ein leises Gittern geht durch das Haus, ganz so, als wäre vor der Tür ein Pneumalil geplatzt.“

„Gumm,“ wiederholt plötzlich eine kleine Verkäuferin, während die junge Frau besorgt fragt:

„Sie glauben also wirklich, daß Seide ebenso gut hält wie Baumwolle?“

Und in dem Nachhall der Explosion, der die großen Schaufenster zu zerkrümmern droht, antwortet die Verkäuferin ruhig:
„Es macht doch einen viel hübscheren Fuß ...“

Am Abend ging ich zu der Unglücksstelle. Gegenüber ist ein Weinstock. Die Tische auf der Terrasse sind wie gewöhnlich gedeckt, ja sogar etwas sorgfältiger, denn viele der herbeireisenden Kenner lassen sich durch die nette Aufmachung verführen, den Abend auf der Terrasse unter den dichtbelaubten Bäumen zu verbringen.

In einer Nebenstraße hatte der durch die Explosion entstandene Luftdruck einer Portierfrau den Besen entführt, während sie sich plaudernd auf ihn stützte.

„Ach, sieh einer an,“ rief sie, „der Besen hat Angst!“

In einem anderen Viertel, in dem die Granaten gern einschlagen, habe ich zufällig das Granatloch sofort nach dem Einschlag gesehen. Nur eine feingepulverte, kleine Kugel ist zur Erde geworfen worden. Ein Stückchen Finger ist ihr wengerissen. Heberachtet richtet sie sich auf.

„O, wie dumm, wie dumm!“ wiederholt sie nur immer, „wie dumm, daß ich die Augen zugemacht habel! Aber ich wachte ja gar nicht, wie mir geschah. Ich hätte doch zu gerne gesehen ...“

Ich versuche, sie fortzulassen.

Aber starrköpfig antwortet sie: „Nein, nein, erst muß ich mir das hier ansehen.“

„Aber es ist ja gar nichts mehr zu sehen, es ist ja alles vorbei.“

Da entschließt sie sich endlich, mir zu folgen. Im Gehen fragt sie mich plötzlich trauernd, wieviel die Deutschen wohl jeder Schuß kosten mag.

„Dreißigtausend!“ wirft ihr ein Autofahrer, der ihre Frage geöhrt hat, kalt meiner zu.

„Dreißigtausend Franken?“ fragt das kindliche Geschöpf mit weitauferstehenen Augen. „Dreißigtausend Franken geben sie aus für meine Fingerspitze! Wenn die Zeitungen weit sind, bringen sie mein Bild ...“

Diamanten aus Zucker.

Wenn der Zuckerpriest jetzt an die märchenhaften Preise eines Diamanten erinnern kann, so ist das vielleicht nicht so ganz unbedeutend, als der entsetzteste Sterbliche glaubt. Denn tatsächlich hat man schon Diamanten aus ihm hergestellt. Der komplizierte Vorgang, der freilich nur im Laboratorium auszuführen ist, wird auf folgende Weise geschilert:

Man läßt Kristallzucker verflühen und vermischt diese Kohle dann auf chemischem Wege. Dann wird ein Zylinder aus weichem Eisen mit der Masse angefüllt, die man nach Möglichkeit in ihm zusammenpreßt und mit einem Eisenstößel von der Luft abschließt. Währenddessen werden im elektrischen Ofen 150—200 Gramm weiches Eisen in einem Tiegel in einigen Minuten geschmolzen, was freilich eine Hitze von 3000 Grad Celsius voraussetzt. Der vorbereitete Zylinder kommt nun in das flüssige Bad, welches ihn völlig bedecken muß. Gleichzeitig wird der Tiegel herausgehoben und samt Inhalt in kaltes Wasser gestellt. Infolge der Abkühlung erstarrt

dem Rauschen des Meeres und den Farben des türkisblauen Himmels, der sich über die große Meeressfläche ergoß und im Hintergrund mit dem Meer zusammenschloß.
„Warum haben die keine Kleider?“
„Weil's ihnen heiß ist.“
„Wie wollen Sie denn, Herr Großhändler, daß sie haben!“
„Das ist eine mythologische Szene, Herr Großhändler.“
„Das ist vor allem eine nackte Szene.“
„Ein wunderbares Bild, prachtvoll!“ riefen die Damen.
„Au, und wo liegen ihre Kleider, warum, ich frage, sind die Kleider nicht drauf gemalt; das ist ein Pfuscher, dieser Maler.“
„Herr Kohn, wenn Krach ein Pfuscher wäre, dann hinge sein Bild nicht bei mir, verstehen Sie,“ sagte Frau Endelmann erhaben und mitleidsvoll.
„Ach, mein Mann, der versteht das nicht, er versteht nur was von Dargent,“ entschuldigte ihn Frau Kohn so innig, daß viele mit einem Lachen herauslachten.
„Wie ist das schön! Wie echt sieht das Meer aus, grad so eins haben wir vor unserer Villa in Genua.“
„Aber sehen Sie nur her, meine Herrschaften, das Meer, das hört man ja fast, oh! Und diese Blumen, sind ja so schön wie richtig gemacht, und die riechen auch echt,“ kisterte Frau Endelmann, die bemüht war, die Aufmerksamkeit aller auf das Bild zu lenken. Verschiedene waren nämlich schon weggetreten.
„Die Farbe riecht man,“ sagte Anaahe, sich über das Bild beugend.
„Ach ja, sehen Sie, meine Herrschaften, ich habe das Bild firnissen lassen.“
„Dadurch haben die Farben ihre Frische verloren und sind dunkel geworden, und dann glänzt ja diese Firnissschicht so, daß es schwer ist, was hindurchzusehen,“ erklärte ihr mit leiser Stimme Frau Tramincka, die etwas von Malerei verstand.
„Ich habe es gern, daß es glänzt! Es ist mir ganz gleich, ob's 'ne Landschaft, ein Stilleben, ein mythologisches oder historisches Bild ist. Ich laufe alles, wir können's uns leisten, aber ich liebe es, daß meine Bilder glänzen! Das sieht anständiger aus!“ entschuldigte sie sich laut und so aufrichtig, daß Nina ihr Gesicht mit dem Fächer verdecken mußte, um ihr Lachen zu verbergen.
„Bernhard, hab' ich etwa nicht recht?“
„Vollständig recht. Das erhöht den Wert des Bildes. Welche anständige Hausfrau duldet Töpfe in der Küche, die nicht gereinigt sind und nicht glänzen?“

sehr bald die äußerste Wand des Zylinders, während der Kern flüssig bleibt. Sobald die ganze Metallkruste in dunkle Klugigkeit übergeht, entfernt man den Tiegel aus dem Wasser und läßt ihn langsam an der Luft abkühlen. Diese ganze Prozedur bewirkt, daß auf die Kohlenmenge im Innern des Zylinders ein außerordentlich hoher Druck ausgeübt wird, weil das Eisen die Eigenschaft besitzt, sich beim Erkalten sehr stark auszudehnen. Das Innere des Zylinders wird aber durch die schnell gebildete äußere Kruste beenglichsweise an dieser Ausdehnung gehindert, was eben den Druck veranlaßt. Ist der ganze Tiegel völlig erkaltet, wird das Metall durch Salzsäure gelöst. Der aus Kohle bestehende Rückstand erhält nacheinander eine Behandlung mit Flußsäure, konzentrierter Schwefelsäure und zuletzt chloraurem Natrium und Salpetersäure. Dadurch wird der formlose Kohlenstoff und der Graphit ausgehoben. Als letzter Rest zeigen sich keine schwarze oder durchsichtige Kristalle. Bei Prüfung ihrer Eigenschaften hat sich herausgestellt, daß es tatsächlich eine Art Diamanten sind. Sie haben sein spezifisches Gewicht, lassen sich wie er zu Kohlenäure verbrennen, ripen Rubin und schneiden Glas.

In Anbetracht dieser letzteren Eigenschaft wäre zu wünschen, daß das hier beschriebene und zuerst von Moissan gemachte Experimente praktisch benutzt würde. Denn bei dem heutigen abnormen Preis aller Edelsteine ist für den Handwerker die Beschaffung des einzigen für die Technik wirklich unentbehrlichen Edelsteins beinahe ebenso schwierig und kostspielig wie die von marlenzium Zuder.

„Kaiserplatz 3, eine Treppe“.

(Theater der Friedrichstadt).

Es ist wohl gerade deshalb ein „lustiges Stück“, weil seine Verfasser Engel v. Köber die Grundlage dazu einem der erfolgreichsten Schwänze Karl Laufs verdanken. Daß also eine besonders neue, eine besonders anspruchsvolle Idee ausgemünzt wurde, kann nicht schlanweg behauptet werden. Aber wirksam gemacht ist die Handlung ohne Frage, und deshalb wird sich daran ein Publikum, das nichts als angenehm unterhalten sein will, ergötzen. Zwei zu allerhand III aufgelegte Studenten, eine Operettistin, ein Arno Pola parodierender „Neutöner“, sowie zwei Rentnerfamilien — eine provinzielle und eine Berlinerische — sind die Rollenbesetzer.

Die Musik dazu hat Des Schottländer gegeben. Ist sie auch nicht besonders original, so ist sie doch denkbar geraten. Sangesbarkeit soll ihr beileibe nicht abgesprochen sein.

Gesellt sich hierzu eine sowohl stimmvermöglige als zu prickelnd gespieltem Spiel veranlagte Kumpanei von Mitwirkenden und — gleich ist der Erfolg da.

Notizen.

Das Ballet des Warschauer Großen Theaters wird am 21. im Palastrheater ein Gastspiel eröffnen. Das Ballet des bisherigen kaiserlichen Theaters konnte man bei uns vornehm nur durch einige seiner Jünglinge, wie Pawlowa, die Starowina und einige seiner Sterne. Als Ganzes erscheint das Warschauer Ballet zum erstenmal bei uns.

Kriegsgewinnler im Dreißigjährigen Kriege. Ueber diese edle Kunst und ihr Wirken vor 300 Jahren berichtet „Meer Land und Meer“: Graf Holtenlohe erbeutete in schwedischen Diensten 117 000 Taler, während der Feldmarschall Stenbock seinen Erben eine Jahresrente von 130 000 Talern hinterlassen konnte. Graf Johann Albringer, ursprünglich ein Bedienter, legte nach der Plünderung Konstanz 800 000 Kronen in die Bank des Benedikt; der Reichsgraf Peter Holzapfel, ein besitzlicher Bauernsohn, raffte anberthob Millionen Taler zusammen. Eine besonders beliebte Spekulation war es damals auch, seine Wälder zu verkaufen und das Geld in Gründung von Regimentsern anzulegen. Schrieb doch auch bereits 1629 Erzherzog Leopold von Tirol an den Kaiser, es gebe jetzt nur zuviel Offiziere, die blutarm zur Truppe gekommen und jetzt 300 000 bis 400 000 Gulden bares Geld bedähen.

Die rotblinde Fliege. Nach einer Beobachtung, über die G. Wasmann im „Biologischen Zentralblatt“ berichtet, ist die kleine Stubenfliege völlig rotblind. In einem Dunkelzimmer, das von einer dunklen Rotbingslobirne erhellt wurde, konnten die Fliegen den sich nähernden Finger des Beobachters oder besten Schatten nie bemerken, sondern ließen sich gerühren. Wenn dagegen eine elektrische Birne schwaches weißes Licht aus 6 Metern Entfernung abstrahlte und sogar wenn die Birne verhängt war, flogen die Fliegen vor dem Finger jedesmal fort. Während die Fliege also völlig rotblind ist, ist sie für weißes Licht ausfallend empfindlich.

„Mon chéri, du lachst mich aus. Ich gestehe es offen ein, daß ich es gern habe, wenn alles anständig, neu ausschaut ...“

„Ich weiß es, deshalb hast du ja auch die alten Waffen und die chinesischen Bronzefiguren mit Puppaste reinigen lassen.“

Mofa lachte bei diesen Erklärungen laut auf, und rief, um es zu verbergen:

„Ich werde meinen Vater auch herbringen.“

Sie ging auch gleich ins Wäffelt, wo Schaja mit Müller saß und hat ihn, er möchte mitkommen.

„Was soll ich mit dieser Schaustellung! Ich fühle mich hier wohl mit Herrn Müller. Ich kenne das Meer. Was ist denn da dabei? Ein bißel größerer Teich wie mein Teich, den ich auf meinen Gütern habe anlegen lassen. Rippmann, ich werde dich mal auf meine Güter einladen. Er wandte sich zu seinem alten Freund, der am Wäffelt saß.

„Wie hat Ihnen denn meine Schwägerin gefallen, Herr Borowicki?“ fragte Bernhard.

„Zimmerlin, eine außergewöhnliche Frau. Sie kauft Bilder, legt sich eine Sammlung an.“

„Um mit ihr zu prohen. In ihrer Einbildung erhebt diese Galerie sie über die ordinäre, finstere Waffe der Millionen. Bei ihr ist es nicht die Frage eines Bedürfnisses, einer Liebhaberei, eine Frage der Kunst, bloß eine Frage des Ehrgeizes.“

„Die Motive sind ja gleichgültig, was sie auch dazu treiben mag, jedenfalls hat sie eine beträchtliche Zahl von wirklichen Kunstwerken gesammelt.“

„Ja, da hat meine Schwägerin ein System. Wenn ihr ein Bild gefällt, dann geht sie erst lange um das betreffende Bild herum, forscht nachhete nach dessen Wert aus und sängt erst dann mit Raddauer zu handeln an, wenn sie weiß, daß sie beim Ankauf nichts verliert.“

„Kommen Sie ins Hotel? Kurovski soll heute da sein.“

„Ich komme hin, schon beinahe zwei Monate habe ich ihn ja nicht mehr gesehen.“

„Entschuldigen Sie mich bitte bei Ihrem Bruder und Ihrer Schwägerin. Ich muß nämlich sofort weg.“ Er drückte ihm die Hand und ging unbemerkt hinaus.

In Dämmerung war schon die ganze Stadt gefüllt, die brennenden Laternen und die Auslagen, als Borowicki die Piotrowstrasse betrat.

In der frischen Luft atmete er erleichtert auf.

(Fortf. folgt.)

Abgeordnetenhaus nicht erst im Oktober, sondern bereits am 20. September mit seinen Arbeiten beginnt, und sie so beschleunigt, daß die Richterledigung wichtiger Aufgaben keinen Anlaß dafür abgeben darf, daß ein Parlament, das schon längst zum Tode verurteilt ist, auch nur eine Stunde länger als unbedingt nötig zusammenbleibt.

Alldeutscher Ruf nach Burgfrieden.

Eine Mahnung des Freiherrn v. Gersdorff.

Der alldeutsche Führer, General v. Gersdorff, der in einem Brief an Reichsmann Gollweg mit der Resolution drohte, tritt jetzt in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ für einen neuen Burgfrieden ein. Herr v. Gersdorff meint, der Burgfriede Reichsmann Gollweg'scher Herkunft war eine politische Unwahrheit, „indem er — eine Art politischen Nöwenvertrag — den Staat und die rechtsstehenden Gruppen dem Ansturm der Linken gegenüber wehrlos machte, ein Zustand, den die rechtsstehenden Gruppen nur bis zu einer gewissen Grenze ertragen konnten. Als dies überschritten war, hörte auch der Schein des Burgfriedens auf und der Kampf war da, freilich die Staatsgewalt nahm dabei keine Partei. Wenn man jetzt dem Ernste der Zeit entsprechend einen neuen, echten, wahren Burgfrieden aufrichten will, so müßten beide Teile die Vergangenheit vergangen sein lassen und sich mit lokalem Entschlusse und gutem Willen auf den Boden der ehelichen Aufgabe stellen, die innere Front für den Rest des Krieges als rocher de bronze zu statuieren.“

Der wahre Burgfrieden des Herrn v. Gersdorff scheint darin zu bestehen, daß nach alldeutsch-reaktionären Rezepten regiert werden soll und daß die anderen dazu den Mund zu halten haben. So aber geht's natürlich nicht.

Ein Jugendverheher.

Zu der Sedantede des Herrn Th. Franke aus Würzen, mit der wir uns jüngst im „Vorwärts“ beschäftigt haben, werden wir in einer Zuschrift darauf aufmerksam gemacht, daß Herr Franke auch noch andere Geistesleistungen verheerenden Inhalts sein eigen nennt, mit denen die Schulen verheert werden. Unser Einsender schreibt:

Vor mir liegt ein „Praktisches Lehrbuch der Deutschen Geschichte für die Volksschulen in anschaulich-ausführlicher Form und Lebensbildern“ bearbeitet von Th. Franke, Lehrer i. R. in Würzen. 2. Teil. Neuzug. Zweite, verbesserte Auflage. Leipzig, Verlag von Ernst Wundt, 1901.“ Unter Abschnitt 5 schreibt der Verfasser über „Die Gefahren der Neuzeit“:

Nicht bloß auf die äußeren Feinde mußte die Regierung ein nachsames Auge haben, nein, auch im Innern erwuchs dem neuen Reiche ein äußerst gefährlicher Feind. Denn dieser Feind bedroht den ganzen Staat aus dem Inneren. Es ist die Sozialdemokratie. Diese Partei besteht zum größten Teil aus Fabrikarbeitern...

Es wird nun die Entwicklung der Fabrikarbeit, die Zurückdrängung des Kleinhandels kurz geschildert, dabei zugegeben, daß viele große Fabrikherren Reichtümer auf Reichtümer häuften, während sich die Arbeiter oft mit fargem Lohne begnügen mußten, wodurch das Familienleben zerstört und der Alkoholenuss bedeutend überhand nahm.“ Dann heißt es weiter:

Gewissenlose Führer hehnten noch Kräfte und schürten die Flamme der Unzufriedenheit, ja, so garbten ihnen ein Paradies vor, worin es weder Arbeitgeber, noch Arbeitnehmer, weder Reiche noch Arme, weder Fürsten noch Untertanen gab... So verheißten die Sozialdemokraten den Arbeitern einen gerechten Zukunftsstaat, in welchem man ein Schlaraffenland führen könne. Leider ließen sich die Arbeiter auch betören und erkannten nicht die großen Irrtümer dieser Verheerung. Sie folgten willig den Verheerungen der Führer und sagten sich von Gott, König und Vaterland los. Sie betrachteten die Arbeitgeber nur als ihre Ausbeuter und grimmigen Feinde und zeigten sich oft widerständig, stellten in Massen die Arbeit ein, um höhere Löhne zu erzwingen. Viele schwächten die Fürsten, stärksten Gott und beschimpften die Ehe; ja, ein revolutionärer Klempner (Hödel) schloß 1878 zweimal auf den griechen Kaiser Wilhelm I., zum Glück, ohne ihn zu treffen... Allzuortoz erkannte man nun, daß man den Ausschreitungen der verheerlichen Sozialdemokratie Einhalt tun müsse. Selbst der Reichstag schloß sich auf Bismarck's Rede dieser Ueberzeugung an, und so ward gegen sie ein strenges Gesetz erlassen. Infolgedessen konnte sie sich nicht mehr so offen hervortun, doch wuchs sie trotzdem weiter und bildet noch jetzt eine feste Gefahr für den Staat.

So lehrt Herr Th. Franke, Lehrer i. R., die heranwachsende Jugend über die Sozialdemokratie. Auch in der zweiten, verbesserten Auflage von 1901 erfährt der Benutzer des Buches nicht, daß das von seinem Verfasser gepriesene Sozialistengesetz nach zwölfjähriger Dauer elend zusammenbrach und seinen Urheber mit sich begrub. Wie ich bestimmt weiß, dient dieses „Praktische Lehrbuch der Deutschen Geschichte“ noch heute in vielen Schulen, auch in preussischen, als Unterrichtsstoff. Wollen sich die Unterrichtsverwaltungen in den deutschen Bundesstaaten nicht einmal mit der Frage beschäftigen, ob es zu verantworten ist, daß im fünften Kriegsjahr, angesichts der beispiellosen Aufopferung des gesamten deutschen Volkes, das Gift Frankfurter Beschränktheit und Verhöhnung weiter verbreitet werden darf? A. F.

Der Bischof gegen das Bürgerrecht.

Ein Protest an den Reichskanzler.

Unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“ ist in der Lage, eine Eingabe zu veröffentlichen, die kirchentreue Wähler des neuen Reichstagsabgeordneten von Koblenz, des Pfarrers Greber, am 9. Mai an das erzbischöfliche Generalvikariat in Köln, und da sie von dort keine Antwort erhielten, am 20. Juni d. J. an den Reichskanzler gerichtet haben. Die Eingabe protestiert in scharfen Worten dagegen, daß der Bischof Herr Greber die priesterliche Weihen, Predigen, Beicht hören, Messe lesen unterkaufte habe. In hohen Worten wird die seelsorgeähnliche Tätigkeit Grebers gepriesen. Tausend katholische Männer seien bereit, zum Schutze ihres Seelenerbtes und Abgeordneten bis zum äußersten vorzugehen. Dann protestiert die Eingabe gegen die Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte durch den Bischof:

Indem der Hochwürdigste Herr Bischof unsern selbigen Pfarrer die Annahme des Mandats verbot und, als dieser es trotzdem beibehielt, ihn suspendierte, hat er seine kirchlichen Befugnisse überschritten... Wir hatten dem Wahlkomitee in Koblenz keinen Zweifel gelassen, daß wir den Generalleutnant v. Steinacker, den Freund des Bischofs von Trier, nicht wählen

würden trotz der kräftigen Fürsprache des Bischofs für ihn. Wir Wähler wollten einen Mann, der aus dem Volke war und mit dem Volke fühlte und dachte, keinen Militär, der nur Kommandieren von oben herab gewohnt ist. Auch waren wir und sind wir der Ansicht, daß sich die Bischöfe um rein politische Sachen, die mit der Religion nichts zu schaffen haben, gar nicht kümmern dürfen. Daß aber Pfarrer Greber die katholischen Interessen weit besser und unabhängiger vertreten würde und vermochte, als ein hoher Militär, wußten wir aus eigener Erfahrung.

Wenn nun der Hochwürdigste Herr Bischof anderer Ansicht ist, so können wir von ihm verlangen, daß er uns die Gründe mitteilt, was er weder uns noch dem Herrn Pfarrer Greber getan hat. Er ist einfach ohne Angabe von Gründen verurteilt worden. Wir sehen darin mehr eine Bestrafung von uns, als eine von Herrn Pfarrer Greber, weil wir uns unsere politische Unabhängigkeit durch den Herrn Bischof nicht nehmen lassen wollten. Nicht minder sehen wir in seinem Vorgehen eine Verletzung unserer staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten, die wir nicht dulden können noch werden.

Der Reichskanzler hat bekanntlich bis jetzt nicht geantwortet.

Ein Notruf aus Bayern.

Die Rehrseite der Medaille.

Die „Bayerische Donaupost“, unser Regensburger Parteiorgan, veröffentlicht eine Zuschrift aus Tegernsee, in der die Notlage der dortigen Arbeiterschaft folgendermaßen geschildert wird:

Man sehe sich z. B. die mit ärztlichen Zeugnissen ausgerüsteten Sommergäste an und gehe dann zur Schichtwochzeit nach Hausham und vergleiche mit den in körperliche Hülle strotzenden Fremden die einheimischen Bergarbeiter! Hohlwangig, bleich, oft mit hungertem Magen schleppen sie sich zur Arbeitsstätte. Der Krankenstand der Bergarbeiter redet eine deutliche Sprache. Ist es ein Wunder, da alle Proteste der Arbeiterschaft erfolglos waren, wenn in den Reihen der Arbeiter der Glaube entfiel, daß die Regierung und der Kommunalverband der Arbeiterschaft gegenüber wohl schöne Worte finden, dem Treiben der Fremden und einiger Hotelbesitzer im Bezirk gegenüber jedoch den Kopf in den Sand stecken? Müßten die Arbeiter gewalttätig zur Verzweiflung getrieben werden und muß es so weit kommen, daß der Arbeiter fragt: Was ist der Regierung und dem Kommunalverband lieber: Aufrechterhaltung der Arbeitskraft der im Bezirk ansässigen Arbeiterschaft oder Duldung des Fremdenverkehrs in der bisherigen Weise?

Wir haben stets hervorgehoben, daß alles, was vom bayerischen Paradies erzählt wird, für die bayerischen Arbeiter nicht gilt.

Praktische Arbeit in der Bekämpfung der Wohnungsnot.

Eine als erfolgreich zu bezeichnende praktische Tätigkeit in der Kleinwohnungsbeschaffung hat die Stadt Regensburg aufzuweisen. Sie ist geeignet, für ähnliche Verhältnisse brauchbare Fingerzeige zu geben.

Die Zahl der vorhandenen Leerwohnungen sank von 1910 an allmählich von 2,11 Proz. auf 0,46 Proz. im Jahre 1917, und am 16. Juli d. J. waren überhaupt nur 90 unermietete Wohnungen bei einer Gesamtzahl von 78 315 vorhanden. Die Stadtverwaltung sah sich daher vor Ostern 1918 genötigt, vor Beginn der Sommerferien, bevor nicht die Errichtung einer Wohnung stattgefunden habe. Dazu war das Mietverbot ständig bemüht, Umzüge zu verhindern und damit die Nachfrage nach Leerwohnungen einzuschränken. Gleichzeitig wurde die städtische Bauverwaltung beauftragt, die Herstellung eigener Kleinwohnungen ohne Verzug in Angriff zu nehmen, was in folgender Weise ausgeführt wird:

1. Es wurden zunächst sechs ältere Schulgebäude zu Kleinwohnungen umgebaut. Durch Ziehung von Zellwänden ist aus jedem Schulklassenraum Wohnstube und Wohnküche hergerichtet und damit die Schaffung von hohen, luftigen und geeigneten Unterkunftsräumen bewirkt.
2. Aus dem Material des während der Kriegsjahre nicht mehr in Betrieb genommenen städtischen Strandbades am Herrenstranger der Elbe wurden 16 am Reichsbahnhof der Stadt gelegene Wohnungen zu je zwei Räumen geschaffen; man rechnet dabei auf eine Bestandsdauer von etwa 15 Jahren.
3. Auf drei städtischen für Bauzwecke geeigneten Grundstücken wurde die Errichtung von Kriegswohnungen begonnen. Zunächst sind 24 solcher Bauten mit je 8 Wohnungen von 3 Räumen in Angriff genommen. Sie befinden sich in drei Stadtteilen mit großen, industriellen Anlagen und werden zusammen 192 Kleinwohnungen zur Verfügung stellen. Es handelt sich um eingeschossige Bauten in massiver Ausführung der Fronten, die ein Stein fast sind. Die Zwischenwände sind aus Ziegeln mit durchgehenden Pfosten für die Türen hergestellt. Die Gesamtwohnung besteht aus Wohnküche, Wohnstube oder Kammer und Zubehör.
4. Weitere Baupläne sehen auf den erwähnten Geländestücken passende und für die Dauer berechnete Stagenbauten für Kleinwohnungen vor, deren Zahl auf diese Weise um 750 erhöht werden kann.
5. Durch eine Vilderung der baupolizeilichen Bestimmungen ist die Freigabe von etwa 130 bis 150 bisher ausgeschalteter Räume, die meist in Dachgeschossen liegen, zunächst auf die Dauer von zehn Jahren erfolgt. Sie sollen ebenfalls zu Kleinwohnungen hergerichtet werden. Die Stadtverwaltung gewährt den Hausbesitzern hierzu Beihilfen und Darlehen zu günstigen Bedingungen.
6. Unter Darlegung des Sachverhalts hat der Magistrat versucht, die gesamte Regensburger Industrie zur Mitbeteiligung in der Förderung des Kleinwohnungsbaues heranzuziehen.
7. Endlich ist die Stadt mit allen am Ort befindlichen gemeinnützigen Bauvereinigungen in Verbindung getreten, um ihnen zur Wiederaufnahme ihrer Bautätigkeit beihilft zu sein. In Aussicht gestellt ist ihnen die Übergabe preiswerten städtischen Baulandes in Erwerb oder Erbpacht, die Ermäßigung der Straßenanliegerkosten, Unterstützung in der Beschaffung von Baustoffen und Arbeitskräften und Übergabe von zweiten Hypotheken zu billigen Zinsen.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland tritt in einer Kundgebung den festen Willen des deutschen Volkes aus, den Vernichtungsplänen der feindlichen Staatsmänner gegenüber standhalten. Das Ziel dieses Verteidigungskampfes steht der Volksbund in einem Frieden in Ehren für alle, in einem Frieden der Verhängung, ohne gewaltsame Annexionen und erzwungenen Kontributionen, in einem Frieden, der die Unverletzlichkeit unseres Vaterlandes und die Entwicklungsfreiheit unseres Volkes ebenso sichert, wie er auch unseren Feinden die gleichen Gäter gewährt. Der auf Recht und Gerechtigkeit begründete Volksbund, die allgemeine Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit, der freie Austausch von Gütern in Handel und Verkehr, die Wiederherstellung der Kulturgemeinschaft aller Völker sind hohe Ziele, die dem deutschen Volke heilig sind.

Der Aufruf wendet sich auch gegen die inneren Feinde unseres Volkes, die ihm die Freiheit seiner politischen Entwicklung verweigern, seinen wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg hemmen, seine geschlossene Kraft zerschneiden wollen.

Industrie und Handel.

Nochmals die Stapelfaser.

In der „Köln. Volksztg.“ wendet sich eine Zuschrift, die offenbar von einem Vertreter der Unternehmen stammt, in deren Besitz sich die Patente über die Stapelfasererzeugung befinden, gegen den Vorschlag, die Patente freizugeben, um einer Massenproduktion den Weg zu ebnen. Der Einsender hebt hervor, daß die Produktion recht schwierig sei, wenn auch die fertigen Gewebe einen recht hohen Gebrauchswert aufweisen und von den bisher gebräuchlichen Stoffen kaum noch zu unterscheiden sind. Diese Stellungnahme wird damit begründet, daß es an den in geradezu riesigen Mengen benötigten Chemikalien fehle und daß eine allgemeine Aufnahme der Stapelfaserproduktion mangels Erfahrung der Fabrikanten zu nichts als zu Enttäuschungen, Geldverlusten und Vergeudung wertvoller Rohstoffe führen würde.

Die „Köln. Volksztg.“ läßt diese Argumente nicht gelten. Sie verlangt, daß gegen das Monopol der Inhaber von Patenten Front gemacht wird. Eine Fasererzeugung, die sich, wie es heute der Fall ist, nur in wenigen Händen befindet, könne unmöglich dem ganzen Volke von Nutzen sein. Deshalb müsse unbedingt angestrebt werden, daß vorhandene Patente in irgendeiner Form aufgehoben oder die Patentinhaber gezwungen werden, Lizenzen an diejenigen Firmen abzugeben, die ernstlich gewillt und technisch in der Lage sind, sich der Herstellung der Faser zu widmen. Die Berufung auf den Mangel an Chemikalien dürfe nicht zur Ausrede werden. Die „Köln. Volksztg.“ schließt: „Um so weniger darf geduldet werden, daß bei den heutigen Volksnöten einzelne Firmen eine Monopolstellung besitzen, die auf der einen Seite den Besitzern unermesslichen Gewinn bringt und auf der anderen verhindert, daß die Not des Volkes behoben wird. Je länger man die Förderung des Erbauens der betreffenden Anlagen hinausschiebt, desto ärger wird die Gefahr für unsere Bekleidung. Jetzt ist es vielleicht noch Zeit, den für später noch drohenden schlimmsten Nöten zu begegnen.“

Der Handelsverkehr mit den baltischen Ländern.

Die Seeschifffahrt nach den baltischen Häfen ist freigegeben worden.

Das kaiserliche Generalgouvernement in Riga hat, wie aus Breslau gemeldet wird, in der Abteilung für Handel und Gewerbe einen Nachweis eingerichtet, der den rigaischen, küländischen und furländischen Handelsreisenden deutsche Bezugswesen aller Art nachweist. Insbesondere sollen die in Deutschland vorhandenen greifbaren Waren nachgewiesen werden.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Generalversammlung der A.-G. für Pappfabrikation in Charlottenburg setzte die sofort zahlbare Dividende auf 8 Proz. fest. Hinsichtlich der Ausschichten bemerkte Direktor Hamburger, daß es wiederum sehr schwer sei, ein Urteil über die Entwicklung des Geschäftes im gegenwärtigen Augenblick zu fällen. Die schwierigen Zeiten ständen noch bevor, da mit Einsetzen des Herbstes der Versand von Kohlen und Rohmaterialien koste, und die Waggonen in der Hauptstadt für die Verfrachtung der Landesprodukte benötigt werden. Es werde davon abhängen, wie sich die Waggengestellung gestalten wird, immerhin glaube die Verwaltung, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, ein gleiches Resultat wie im Vorjahr in Aussicht stellen zu können.

Letzte Nachrichten.

Nach keine Abmachungen in der Polenfrage!

Wien, 19. August. Im Presse-Departement des Ministeriums des Äußern fand heute vormittag 10 Uhr ein außerordentlicher Pressedeffe. In Vertretung des auf Urlaub weilenden Pressedeffe, des Vizepräsidenten Wiesner, empfing Sektionsrat von Traugott die Vertreter der Presse und gab ihnen genauere Informationen über den Kaiserbesuch im deutschen Hauptquartier. Sektionsrat von Traugott bezeichnete es als unrichtig, daß irgendwelche nähere Abmachungen besonders über die polnische Frage getroffen worden seien. Schon wegen der Kürze der Zeit sei es unmöglich gewesen, auf Einzelheiten einzugehen. Es wurden nur die Grundlinien festgelegt, und in dieser Richtung vollste Uebereinstimmung erzielt. Nunmehr werden nähere Verhandlungen beginnen, zu denen auch Vertreter der polnischen Nation zugezogen werden. Es wird den Polen auch unbenommen bleiben, ebenfalls in der Frage der Königswahl unabhängige Schritte einzuleiten.

Einnahme von Jekusil durch die Tschecho-Slowaken.

Basel, 19. August. Nach einer Havademung berichten die französischen Zeitungen aus Washington: Das Staatsdepartement läßt an, daß die Tschecho-Slowaken und die sibirischen Truppen Jekusil genommen und dort eine Regierung errichtet haben, die sich an der Seite der Entente für den Krieg mit Deutschland erklären wird. Bei der Einnahme der Stadt wurden 200 Tschecho-Slowaken getötet, 11 verwundet.

Chamberlains Methode in Chamberlains Heimat.

Amsterdam, 19. August. Einer Neuzermeldung zufolge behauptet die „Daily Mail“, daß Deutschland versuchen werde, die pazifistische Bewegung mit Geld zu unterstützen. Es sollen 10 000 Pfund Sterling (200 000 Mk.) und außerdem, wenn es erforderlich ist, noch mehr in monatlichen Raten bis zum Ende des Jahres angeboten werden. Das Anerbieten, das von der „Militärpartei“ in Deutschland ausgehen soll, sei durch Scheidemann und Troelstra vermittelt worden. Troelstra habe bereits die ersten 10 000 Pfund Sterling erhalten. Die einzige Bedingung soll sein, daß das Geld verwendet wird, um in Fälligkeit mit den englischen Kapitalgebern zu bleiben. (Es nützt natürlich nichts, sich gegen solche Lügen zu wenden. Geht, die sie erfinden und Dummköpfe, die sie glauben, wird es immer geben. Red. d. „Vorwärts“.)

Die erfundene spanische Note.

Amsterdam, den 19. August. Der Vizepräsident des Ministerpräsidenten Dato ist veranlaßt worden durch eine Neuzermeldung vom Sonnabend, wonach dem Korrespondenten der „Times“ in Santander zufolge Spanien eine Note an Deutschland geschickt habe, in der mit der Beschlagnahme deutscher Schiffe in Spanien bis zu einer Tonnenmasse, entsprechend dem von deutschen U-Booten der spanischen Flotte zugefügten Verluste gedroht wird. Später meldete ein Neuzerbericht, daß Gerüchte über den Empfang der deutschen Antwort auf diese Note die Kunde machten. Heute meldet Neuter aus San Sebastian, daß Minister Dato den Bericht über die Sendung einer Note an Deutschland über die Torpedierung spanischer Schiffe energig dementiert hat.

Gewerkschaftsbewegung

Geheimrat Dr.-Ing. Ernst von Vorfig zur Lohnstatistik des Metallarbeiterverbandes.

Geheimrat Dr.-Ing. Ernst von Vorfig polemisiert in der „Voss. Ztg.“ gegen die Statistik des Metallarbeiterverbandes, aber er behauptet, daß die hohen Arbeitsdienste außerst selten sind. Zunächst bemängelt Vorfig, daß nicht alle Arbeiter von der Statistik erfasst sind. Er schreibt: „Es wird in der zweiten Tabelle die Zahl der erfassten männlichen Arbeiter im 11. Bezirk, Berlin, mit 75 279 angegeben, das sind noch nicht 30 v. H. der in Groß-Berliner Rüstungsbetrieben beschäftigten Arbeiter.“ Unter diesen sind nur 11 Arbeiter mit einem Stundenlohn von 2,75 bis 3 M. Vorfig schreibt: „Ich zweifle nicht daran, daß das wirklich der Fall ist. Das beweist aber nur, daß die große Mehrzahl der hohen Verdienste aufmerksamen Metallarbeiter nicht erfasst worden ist. Denn allein bei dem im Verband Berliner Metallindustrieller zusammengeschlossenen Firmen befinden sich nicht weniger als 4500 Arbeiter, die einen Durchschnittslohn von 2,80 M. und darüber haben.“

Hierzu ist zu bemerken, daß die Statistik des Metallarbeiterverbandes sich auf Erhebungen des Jahres 1917 stützt. In manchen Fällen werden seitdem Lohnhöhungen eingetreten sein, so daß viele Arbeiter, die jetzt in der Liste der Metallindustriellen mit einem Lohn von 2,80 M. und mehr stehen, 1917 noch weniger als 2,75 M. verdienten. Wie häufig sind aber nach Vorfigs Angabe die hohen Verdienste? Nach seiner Angabe sind 75 279 Arbeiter noch nicht 30 vom Hundert der in Berliner Rüstungsbetrieben beschäftigten Arbeiter. Die Zahl der Beschäftigten muß also 250 000 übersteigen. Wenn unter 250 000 Arbeitern 4500 sind, die 2,80 M. pro Stunde verdienen, dann kommen auf 1000 Arbeiter noch nicht 18 mit dem hohen Verdienst. Es sind also die wenigen Arbeiter, die mit großer Geschicklichkeit ausgestattet, auf besonders verantwortliche Stellen stellen. Wo neben jedem Arbeiter mit einem Stundenlohn von 2,80 M. und mehr stehen 54 Arbeiter, die weniger haben. Wie hoch da die Löhne beruhen und wie hoch der Durchschnittslohn ist, stellt Vorfig nicht mit. Nach dem Gehalt der Spießbürger sind 450 Rüstungsarbeiter mit 2,80 M. und mehr Stundenlohn die Rüstungsarbeiter, die 248 400 Arbeiter mit geringeren Löhnen werden gar nicht beachtet. Es gibt aber in allen höheren Kreisen mit höheren Einkommen. Wer so wenig wie man die Einkommen der Direktoren als Einkommen der Bankangestellten bezeichnen kann, ebensowenig kann man die wenigen Ausnahmen hochgelohnter Arbeiter für die breiten Schichten der Arbeiter als Löhne anführen. Sicher ist, daß die Lebensmittelpreise erheblich mehr gestiegen sind als die Durchschnittslohn der Arbeiter. Selbst die Gesamtheit der Rüstungsarbeiter kann heute für ihren Lohn nicht soviel Nahrung, Kleidung und sonstige Bedarfsgegenstände kaufen wie die gleiche Art von Arbeitern vor dem Kriege für ihren Lohn erwerben konnte.

Achtung, Mitglieder des Metallarbeiterverbandes!

Die nächste ordentliche Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes findet am Montag, den 23. September d. J., statt. Die Ortsverwaltung.

Parteinachrichten.

Die unabhängige Rad- und Sprengungstatistik.

Die Agitation der Unabhängigen für Frieden und Freiheit scheint systematisch dadurch betrieben zu werden, daß sie die von der Sozialdemokratie einberufenen Demonstrationen durch organisierte Sprengungsmänner unwirksam machen. Nach Solingen liegen heute zwei weitere Fälle vor, in denen die Unabhängigen die von unseren Parteileitungen einberufenen Versammlungen durch ihren organisierten Rad- und Sprengungstatistik.

In Elbing sollte vor einigen Tagen Landtagsabgeordneter Paul Hirsch in einer von circa 1500 Personen besuchten Versammlung über „Friede, Freiheit und Brot“ reden. Als der Versammlungsleiter, Genosse Jinsel, die Versammlung eröffnen wollte, verlangte sofort der unabhängige Führer Verschieden das Wort, um Bureaunwahl zu fordern. Genosse Jinsel lebte, da er für den Verlauf der Versammlung die Verantwortung trage, das Publikum ab, stellte es in dessen dem V. anheim, sich mit den Bureaunwahl zu setzen. Das paßte wiederum dem von Berlin besonders berühmten Landtagsabgeordneten Wolffmann nicht, der sich ausbedang, daß P. als zweiter Versammlungsleiter in das Bureau komme und daß er als zweiter Referent nach Hirsch das Wort erhalten müsse. Jeder solle eine Stunde reden. Verschieden wollte sogar, daß Hoffmann zuerst sprechen sollte. Das lehnte Genosse Jinsel ab, da freie Redefreiheit folgen werde.

Superdem verspricht Hoffmann, daß er gleich hinter Hirsch zu Worte komme werde. Den unabhängigen Strategen gefiel dieser Vorschlag jedoch nicht und als Genosse Jinsel dem Genossen Hirsch nunmehr das Wort erteilte, legte sofort ein wildes Lachen und Pfeifen ein. Alle Bemühungen, die Versammlung zu einem würdigen Abschluß zu bringen, waren angesichts des wüsten Treibens der unabhängigen Kämpfer für Frieden, Freiheit und Brot nutzlos, weshalb Genosse Jinsel die Versammlung nach 1/2stündiger Dauer schließen mußte.

Den gleichen Verlauf nahm eine in Danzig einberufene Volksversammlung, in der Genosse Hirsch über dasselbe Thema referieren wollte. Hoffmann, der ihn von Elbing nachgereist war, spielte dieselbe Rolle wie in Elbing.

Er und seine Getreuen können sich zwar rühmen, wieder einmal etwas laut gemacht zu haben, in dessen, eine solche Methode aufgelegten Kaputtmachens in einer Zeit, wo organischer Aufbau dringend nötig wäre, wird sich sehr geringe Bitter rächen. Sie wird sich rächen, nicht zum Vorteil der unabhängigen Rad- und Sprengungstatistik, denn auch die Einschüchterten unter ihnen dürften wissen, daß im Versammlungsleben der deutschen Arbeiterklasse zerstörende Maßnahmen niemals Heimatsrecht erwerben werden.

Oberversicherungsamt Groß-Berlin.

Man schreibt uns:

Am Oberversicherungsamt Groß-Berlin, unter der Leitung des Herrn Gostnowski, machen sich seit längerer Zeit recht eigenartige Verhältnisse bemerkbar. Als das Oberversicherungsamt noch unter dem Titel Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Stadtkreis Berlin und den Regierungsbezirk Potsdam in der Vögelstraße in Berlin war, war es nicht nur wegen seiner Größe, als vornehmlich wegen des Erkennens und der Lösung seiner Aufgaben als Spruchinstanz in der Arbeiterversicherung angesehen. Seine Rechtsprechung war in beiderlei Beziehung einfach musterhaft. Die als Richter mitwirkenden Beisitzer aus den Arbeiter- und Unternehmerkreisen konnten mit Stolz auf ihre Tätigkeit an diesem Institut blicken.

Inzwischen hat seit langer Zeit hinter uns. Das war einmal! Von dem alten sozialen Geist, der in der Vögelstraße wohnte, scheint uns, ist nichts nach dem in der Berliner Straße in Charlottenburg gelegenen Palast hinübergerettet.

Die Verhältnisse in Bezug auf die Behandlung, Vergütung und Rechtsprechung haben sich hier derart geändert, daß die älteren Beisitzer der Arbeitnehmer mit Besorgnis über das trübere Bild stehen. Wie leicht liegen die Ursachen der ungeliebten Zustände zum Teil darin, daß mancher der neuen Beisitzer den Arbeiterverhältnissen geradezu welfremd gegenüber steht. Vielleicht steht mancher dieser Herren in dem Unfallsverletzten jaft nur den „Rentenjäger“, nicht aber den Menschen. Sonst wäre es nicht zu verstehen, wie der Herr Deputierter seiner Auffassung darin Ausdruck gibt, daß die Ver-

Eine Massenversammlung der Staatsarbeiter.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der königlichen Staatsbetriebe in Spandau waren am Sonntag zu einer Massenversammlung im Zirkus Busch zusammengedrängt. Die weiten Räume des Zirkus waren schon lange vor Beginn der Versammlung bis auf den letzten Platz gefüllt, um den Bericht über die Verhandlung wegen einer neuen Lohnordnung anzuhören.

Berichterstatter war der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes Stiering, der in einem 1/2stündigen Referat ein zusammenfassendes Bild von den überaus schwierigen und langwierigen Verhandlungen wegen der neuen Lohnordnung gab.

Bereits am 7. Oktober des vorigen Jahres fand im Zirkus Schumann eine ähnliche Veranstaltung statt. Damals stellten die Arbeiter und Arbeiterinnen Forderungen auf, um einen Ausgleich für die teure Lebenshaltung zu erreichen. Diese Forderungen wurden damals eingeweiht, jedoch, wie der Berichterstatter ausführte, ist irgendein Erfolg nicht eingetreten. Auch unter Anrufung des Kriegsausschusses für die Metallbetriebe Groß-Berlins war damals eine Verständigung nicht zu erzielen.

Zunächst konnte festgestellt werden, daß der Verband Berliner Metallindustrieller den Versuch unternahm, Einblick in die Lohnverhältnisse der Spandauer Betriebe zu erhalten. Um laufend über die Lohnverhältnisse in Spandau unterrichtet zu sein, wandte sich diese Arbeitgeberorganisation an die königlichen Betriebe um Beteiligung an der ständigen Lohnstatistik des Verbandes der Metallindustriellen.

Das geheime Rundschreiben.

Stiering konnte aus einem geheimen Rundschreiben nachweisen, daß bereits am 5. Januar in einer Konferenz der Betriebsdirektoren beschlossen wurde, sich an der Lohnstatistik des Arbeitgeberverbandes zu beteiligen. Trotzdem sonst an dieser Statistik nur Verbandsbetriebe des Arbeitgeberverbandes beteiligt sind, wurden hier auch Betriebe herangezogen, die nicht zum Verband gehören, um auf diese Weise Einfluß auf die Gehaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Die Arbeiterausschüsse sind wegen dieser Sache weder befragt noch unterrichtet worden. In einem Rundschreiben des Leiters des Waffen- und Munitionsbeschaffungswesens, Erzengel Coupette, wurde auch angegeben, daß die verhältnismäßig hohen Verdienste in den Spandauer Betrieben zu einer Beunruhigung der Privatindustrie geführt haben. Diese Beunruhigung, von der allerdings die Arbeiter aus eigener Wahrnehmung nicht feststellen konnten, fand ihren Niederschlag in einem Entwurf einer neuen Lohnordnung, die den Arbeiterausschüssen Mitte Juni übermittelt wurde.

In der Begründung dieser neuen Lohnordnung wurde ausdrücklich erklärt, daß die zurzeit bestehenden Lohnsätze für die einzelnen Gruppen den in der Privatindustrie gezahlten Durchschnittslöhnen nicht mehr entsprechen, und es solle deshalb eine Neueinteilung erfolgen. Außerdem wurden den Arbeitern in dieser neuen Lohnordnung Abzüge an den Stücklöhnen gemacht.

Trotzdem das Ganze als Entwurf bezeichnet war, wurden die Abzüge sofort vorgenommen und dadurch eine lebhafte Beunruhigung der Arbeiterschaft herbeigeführt. Bei einer Verhandlung im Wumba, an der die Obleute der Arbeiterausschüsse und die Vertreter der Organisationen teilnahmen, wurde bereits von den Arbeiterausschüssen die Erklärung abgegeben, daß sie diesem Entwurf keine Zustimmung geben könnten, denn es bestünde nicht die geringste Ursache, eine derartige komplizierte Lohnordnung jetzt während des Krieges durchzuführen.

Die Arbeiterausschüsse haben darauf in Verbindung mit den Organisationsvertretern einen eigenen Entwurf einer neuen Lohnordnung ausgearbeitet, der für gelernte Arbeiter zwei Lohnklassen vorsah, für ungelernete und ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen je drei Lohnklassen. Außerdem wurde für die Vorarbeiter die Einteilung in zwei Gruppen verlangt und ferner gewünscht, daß die Arbeiter, die mit Säuren und im Zündbleibetrieb beschäftigt sind, einen Zuschlag von 15 Pf. die Arbeiter, die bei der Pulverfabrikation und beim Füllen beschäftigt werden, einen Zuschlag von 10 Pf. für die Stunde erhalten sollten.

Außerdem wurde als zwingende Notwendigkeit gewünscht, daß die Betriebsdirektoren berechtigt sein sollten, Arbeiter einer niederen Lohnklasse in eine höhere Lohnklasse aufrücken zu lassen. Im übrigen betreffen sich die von den Arbeiterausschüssen vorgelegenen Lohnsätze für gelernte Arbeiter von 2,10 bis 2,40 M., für ungelernete und ungelernete Arbeiter von 1,80 bis 1,90 M. und für Arbeiterinnen von 80 Pf. bis 1,10 M. für die Stunde.

Seit der Einreichung dieser Vorschläge der Arbeiterausschüsse sind dann Wochen vergangen, ohne daß den Arbeitern irgend eine Antwort erteilt worden ist, jedoch sind die Abzüge in der Zeit ruhig fortgesetzt worden. Durch diese Abzüge hat die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter ganz bedeutend nachgelassen, und die Beunruhigung liegt von Tag zu Tag. Das veranlaßte die Organisationsvertreter, erneut beim Wumba vorstellig zu werden.

Wenige Tage vor dieser Verhandlung kam dann eine neue Lohnordnung vom Wumba heraus, in der die früher im Entwurf gemachten 11 Lohnklassen in fünf Klassen kamen und die von den Arbeitern gewünschte Vereinheitlichung anerkannt wurde. Nicht anerkannt aber wurden die von den Arbeitern gewünschten Lohnsätze, denn die neue Lohnordnung, die nunmehr als Befehl des Arbeitern mitgeteilt wurde, sah für die Stücklohnarbeiter Lohnsätze von 0,70

bis 2,40 M. vor. Hinzu kommt allerdings die Möglichkeit, bis zu 25 Proz. über diesen Stücklohn noch verdienen zu dürfen.

Die Abford- und Lohnabzüge.

Für die Zeitlohnarbeiter kamen Lohnsätze von 0,85—2,10 M. in Frage. Außerdem war auch in dieser neuen Lohnordnung das Recht, Abfordrungen vorzunehmen, ausdrücklich erklärt worden.

Der Hinweis der Organisationsvertreter, daß der Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins sich in seiner Spruchpraxis ständig auf den Standpunkt stellt, daß Abzüge während des Krieges nicht erfolgen sollen, wurde vom Wumba in keiner Weise berücksichtigt.

Diese neue Lohnordnung ist nicht unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse zustande gekommen. Jede Mitwirkung der Arbeiterausschüsse, durch Verhandlungen ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen, war von vornherein ausgeschlossen.

In der Diskussion, die dem sehr eingehenden Bericht folgte, kam der lebhafte Unwille der Arbeiter mit dieser neuen Lohnordnung zum Ausdruck. Insbesondere wurde gewünscht, daß die Lohnsätze einheitlich als Normalsatz für Stücklohnarbeiter gelten sollen, und daß lediglich den Abfordrungen durch Gewährung eines Prozentsatzes von 25 Proz. die Möglichkeit eines Mehrverdienstes gegeben werden soll.

Weiter waren die Arbeiter sehr ungehalten darüber, daß den wiederholten Bestrebungen der Arbeiterausschüsse und der Organisationen auf Besserstellung der minderbegabten Arbeitergruppen kein Entgegenkommen gezeigt wurde. Es wurde darauf hingewiesen, daß auch die schlechter gestellten Arbeitergruppen unter der Feuerung unendlich zu leiden haben, daß es sich sehr oft um Familienerbitter handelt, denen es geradezu unmöglich gemacht wird, in der gegenwärtigen teuren Zeit ihre Familien auf ehrliche Weise zu ernähren.

Ganz besonders aber haben die inzwischen erfolgten Abzüge Erregung in die Reihen der Arbeiter getragen, sind doch Abzüge bei Deuten eingetreten, die nur im Lohn arbeiten. Einigen Vorarbeitern ist sogar ein Abzug von 1,40 M. für die Arbeitsstunde gemacht worden.

Die Versammlung stimmte nach eingehender Aussprache über den Bericht einstimmig folgender Resolution zu:

„Die heute, am 18. August 1918, im Zirkus Busch stattfindende Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Staatsbetriebe Spandaus nimmt Kenntnis von dem Bericht über die Verhandlungen wegen Schaffung einer neuen Lohnordnung.“

Die Versammlung erklärt, daß die vom Wumba herausgegebene neue Lohnordnung in keiner Weise den gestellten Erwartungen entspricht. Sie bedauert, daß diese neue Lohnordnung ohne Mitwirkung der Arbeiterausschüsse zustande gekommen ist. Zum mindesten hätten die Arbeiterausschüsse erwartet, daß den am schlechtesten gestellten Beschäftigten der unteren Lohnklassen ein größeres Entgegenkommen gezeigt wäre.

Die Versammlung muß an dem Verlangen, diesen Gruppen einen höheren Verdienst zu geben, unter allen Umständen festhalten, wenn der gegenwärtig teuren Lebenshaltung wenigstens in etwas Rechnung getragen werden soll.

Die neue Lohnordnung kann von der Versammlung nicht als etwas Endgültiges angesehen werden, sondern es wird erwartet, daß jetzt den schon längst notwendigen Verhandlungen über eine neue Lohnordnung Rechnung getragen wird.

Die Versammlung nimmt mit Enttäuschung Kenntnis, daß während der schwebenden Verhandlungen Abzüge an den Stücklöhnen vorgenommen wurden, trotzdem durch Ausschlag und durch Zwischungen an die Arbeiterausschüsse beim Beginn des Krieges erklärt wurde, daß keine Abzüge gemacht werden sollen.

Trotzdem der Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins völlig einmütig auf dem Standpunkt steht, daß Abzüge während des Krieges nicht gemacht werden sollen, hat das Wumba in erheblichem Maße Abzüge durchgeführt, ohne sich mit den Arbeiterausschüssen darüber zu verständigen.

Gegen diese Handlungsweise muß die Versammlung auf das entschiedenste protestieren, und spricht die Erwartung aus, daß die bereits erfolgten Abzüge restlos zurückgenommen werden.“

Die Annahme dieser Resolution löste einen ungeheuren Weifalsturm aus, und die Organisationen wurden beauftragt, diese Resolution der zuständigen Behörden zu unterbreiten. Ferner wurde die weitere Erledigung der Angelegenheit ebenfalls den Organisationen überwiesen, und die Organisationsvertreter ersucht, unterzüglich mit dem Wumba über die Angelegenheit in Verhandlungen zu treten.

Zum Schluß gelobten die Versammelten, für die bessere Ausgestaltung der Organisationen Sorge zu tragen und dahin zu wirken, daß die Arbeiter der Staatsbetriebe sich restlos den Organisationen anschließen. Die Arbeiter erkennen an, daß eine Besserstellung ihrer Verhältnisse nur durch Mitwirkung der Arbeiterorganisationen zu erzielen ist.

Nach Bekräftigung dieses Willens wurde die Versammlung, die gemeinsam von den freien Gewerkschaften, dem Bund der Militärhandwerker und der Militärarbeiter einberufen war, geschlossen, und der Massenstrom der Arbeiter ergoß sich wie eine gewaltige Demonstration wieder auf die Straße.

sein soll — die Feststellungsinstanzen einfach den vom Arzte angegebenen Prozentsatz der Erwerbsunfähigkeit ihrer Entscheidung zugrunde legten, ohne die Frage nach dem Grade ihrer Erwerbsunfähigkeit selbst geprüft zu haben. Ein derartiges Verfahren, durch das eine der wichtigsten Aufgaben der Feststellungsinstanzen zu einer mechanischen Wiederholung des Ergebnisses des ärztlichen Gutachtens herabgedrückt würde, entspricht nicht der Absicht des Gesetzes.“

Das Rundschreiben befragt im folgenden Absatz ausdrücklich, die Frage des Grades der Erwerbsunfähigkeit an sich ist keine rein medizinische, ihre Beantwortung sei nicht ausschließlich und in erster Linie Sache des Arztes. In der Hauptsache ist sie eine der vornehmsten Aufgaben der Spruchinstanzen.

Ein weiterer Mangel ist, daß man neuerdings 30 Fälle für eine Tagung zur Verhandlung aufstellt. Das ist weder im Interesse der Versicherten noch der Weisiger gelegen. Dagegen müssen wir Protest erheben. Das ist unter allen Umständen ein Unfug. Bei den heutigen Ernährungsverhältnissen ist es außerdem eine starke Zumutung an die Weisiger, sie von morgen 10 Uhr bis in den späten Nachmittag hinein festzuhalten. Dittmals bekommen wir Weisiger dann überhaupt nicht mehr zu essen, man muß sich dann bis abends mit dem hungertigen Magen quälen. Ebenso, ja noch mehr, müssen die Versicherten leiden. Um 10^{1/2} Uhr geladen, kommen sie oft viel später an die Reihe. Will man sparen, dann soll man an anderer Stelle sparen. Auf Kosten der Gesundheit der Weisiger und der Versicherten soll man es ebensowenig tun, wie auf Kosten der Grundbesitzer.

Hoffen wir, daß dieser Weisiger genügt, um die unliebsamen Auswüchse, die sich beim Oberversicherungsamt entwickelt haben, zu beseitigen.

Es ist zu sehr die Arbeiterinteressen vertreten. Das zeigt, dankt und, von einer völligen Verleumdung der sozialen Fürsorge. In der preussischen Landratsstube mag ein solcher Herr ein guter Verwaltungsbeamter gewesen sein. An einer Institution der Reichsregierung für Arbeiterversicherung gehört er, dankt und, nicht hin.

Die Aufgabe des Oberversicherungsamts ist, die Rechte der Unfallsverletzten, der Invalidenversicherungen ohne Voreingenommenheit eingehend zu prüfen und zu wahren.

Kann von einer Prüfung bezw. eingehenden Beratung indes noch die Rede sein, wenn, wie vor wenigen Wochen in einer Spruchkammer geschah, in 30 Minuten 16 Invalidenrentenfachen „erledigt“ werden? Da kommen auf den einzelnen Fall noch nicht 2 Minuten. Man denke, in noch nicht 2 Minuten Altvortrag, „Beratung“ und Verkündung des Urteils. Diese Galopparbeit machen die Weisiger mit? Eine derartige „Bearbeitung“ der Sachen fordert die allerhöchste Kritik heraus. Die Weisiger sind keine Marionetten des Vorklens, sie haben das Recht und die Pflicht, die Akten kennen zu lernen, ihr Urteil dann nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben. Die Weisiger sollen auch nicht das ärztliche Gutachten als für sie unter allen Umständen bindend ansehen; es soll ihnen nur als Anhalt dienen. Denn das haben wir doch schon oft genug festgestellt können, daß mancher der Herren Gerichtsärzte in keinem Gutachten zur Ablehnung der Invalidität kommt, trotzdem nach kurzer Zeit der Rentenmacher stirbt.

Die Herren Verate nehmen hier am Oberversicherungsamt eine Stellung ein, daß sie glauben, nur ihre Auffassung sei maßgebend. Es greift man oftmals ein, um zu bestimmen, was ein „Berichts-unfall“ ist. Das ist nicht Sache des Arztes, sondern Sache des Kollegiums. Das sollten sich die Weisiger merken und, wenn solche Verurteile gemacht werden, dem energisch entgegenzutreten. Es sei hier auf das Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts vom 31. Dezember 1901 hingewiesen. Kamentlich der dritte Absatz sei hier angeführt. Es heißt da:

„Hiernach würde es unzulässig sein, wenn — was vorgekommen

Verantwortlich für Inhalt: Erich Götter, Berlin; für den literarischen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neustadt; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlagsgesellschaft und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage aus Unterhaltungswelt.